



SOZIALPÄDAGOGIK Überbelegt und nachhaltig wütend	5
JA HEISST JA Konsens, Spurensuche jenseits von ja und nein	4
PLANZER Arbeitskämpfe gegen prekäre Arbeitsbedingungen	10
UKRAINE Militarismus von links	11

PENSIONSKASSEN & BANKEN ENTTEIGNEN

WIR ALLE

BLEIBEN!



AUFWERTUNG

Es ist noch lange nicht ausgekocht

In der Wohnungsnot wird fassbar, was kapitalistische Stadtentwicklung für den Grossteil der Bevölkerung bedeutet – Verdrängung und Stress. Dagegen regt sich zaghaft Widerstand, etwa im Kampf um besetzte Häuser.

(agj) Die Wohnungsnot ist landauf, landab Thema. Kaum ein Tag vergeht ohne entsprechende Schlagzeile in den bürgerlichen Medien. Auch wenn die Zustände in der Stadt Zürich mit einer Leerwohnungsziffer im Promillebereich schweizweit am zugespitztesten sein mögen, ist es keinesfalls so, dass Zürich eine Ausnahme darstellt. Studien der Banken und Immobilienfirmen legen nahe, dass sich in naher Zukunft diese Situation weiter verschlechtern wird. Die Raiffeisenbank titelt im November 2022 «Mit Vollgas in die Wohnungsnot», die Credit Suisse warnt im März 2023 «Eisberg voraus!» (andere Eisberge antizipierten sie wohl weniger gut...) und Wüest Partner errechnete für die NZZ am Sonntag ein schweizweites Defizit von 51'000 Wohnungen in den kommenden drei Jahren. «In der Grössenordnung entspricht dies der Stadt Luzern oder halb Basel,» kommentiert die Zeitung knapp. Wohlgermerkt: Hierbei geht es lediglich um den verfügbaren Wohnraum; von den steigenden Mietpreisen in Folge von Hypothekarzinserhöhungen und gestiegenen Energiepreisen für Mieter_innen ist noch nicht einmal die Rede.

Wohnungsnot? Wohnungsnot!

Unsere Einigkeit mit Banken und dergleichen ist selbstverständlich beschränkt auf die Feststellung der gewaltigen Dimensionen dieses Problems. Sobald es um die Ursachen desselben geht, scheiden sich die Wege. Allerspätestens, wenn die Banken als Sprecher_innen des Kapitals als Mittel zur Minderung der Wohnungsnot dann noch nach einem erweiterten «Regulierungsabbau» rufen, ist klar, dass wir und sie auf entgegengesetzten Seiten der Barrikade stehen.

Für die herrschende Klasse ist die Urbanisierung ein Feld, in dem sich lukrative Investitions- und Spekulationsgebiete eröffnen. Um das Bestehen des Kapitalismus zu sichern, muss überakkumuliertes Kapital zwingend eine neue Anlage finden. Investitionen in die Stadt, konkret in Immobilien und Grundstücke, sind ein Garant dafür. In Bauprojekten und Immobilien findet das Kapital eine scheinbar sichere und vor allem langfristige Anlage, während die Preisspirale des Immobiliensektors weitere lukrative Gewinne verspricht. Immobilien als etwas «Dingfestes» waren schon immer eine Ware. Verändert hat sich allerdings, dass durch die totale Abkopplung von realen Bedürfnissen die Spekulation um Boden in einer Unverhältnismässigkeit praktiziert wird, die immer mehr zum Problem wird.

Dieselben Grossbanken, die sich als vermeintliche Sprecher_innen der Mieter_innen auführen, gehören schon heute zu den grössten Immobilienbesitzenden und haben jedes Interesse daran, ihren Profit in diesem Bereich weiter zu vermehren. Die Mietenden werden über Mieten und Unterhaltskosten ein zweites Mal ausgebeutet. Das linksliberale Rechercheteam Reflekt hat sich 2021 auf die Suche nach der Antwort auf die Frage «Wem gehört Zürich?» gemacht und die Besitzenden eines Teils des Bodens in der Stadt aufgrund von Anfragen bei denselben identifiziert. Zum damaligen Zeitpunkt gehörten den Top Ten dieser Liste rund 10 Prozent aller Wohnungen in der Stadt Zürich, wobei viele Grössen der Immobilienbranche aufgrund ihrer verweigerten Teilnahme gar nicht erst identifiziert werden konnten. Dominiert werden die vordersten Plätze der Rangliste von Banken (wie die UBS und die Credit Suisse), Versicherungen (die Swiss Life, AXA, Zurich Insurance oder Allianz) sowie grossen Pensionskassen (die BVK, die als grösste Pensionskasse der Schweiz die Angestellte des Kanton Zürich versorgt, und jene der Migros), erst danach folgen eigentliche Immobilienfirmen (wie die Mobimo). Es ist unwahrscheinlich, dass sich an diesem Bild seither viel geändert hat.

Inhalt

- 3 Imperialismus: Sicherheitskonferenz in München
- 4 Ein «JA» allein bedeutet nicht zwingend Konsens
- 5 Trychler an den Friedensdemos?
- 6 Klybeckplus: Aufwertung in Basel
- 8 Südamerika und der Einfluss von China
- 9 Winterthur: In den Quartieren der Pensionskassen
- 10 Arbeitskämpfe in der Schweizer Logistik
- 11 Ukraine: Militarismus von links
Sozialpädagog_innen an den feministischen Streik
- 12 Rojava: Kunstakademie
- 13 Rückblick auf den 8. März
14. Juni: Ein Blick auf die Begriffe
- 14 Iran: Ein Blick auf die Geschichte der Protestbewegung
- 16 Was läuft im Zürcher Schauspielhaus?

POLITISCHE GEFANGENE

Für die Abschaffung des 41bis-Regimes

Ende März wurde nun auch der Antrag auf die Fortführung der Haftstrafe im Hausarrest abgelehnt. Alfredo Cospito hat entschieden, seinen Hungerstreik für die Abschaffung des 41bis-Regimes bis zum Tod weiterzuführen. Ein Ausschnitt aus einer Videokonferenz Mitte März:

[...] Ich möchte noch den Grund für meine hartnäckige Wut auf das 41bis-Regime erläutern. Ich glaube, einige wenige Jurist_innen haben dies verstanden: Das 41-bis ist eine Metastase, die euren so genannten Rechtsstaat zu untergraben droht und tatsächlich untergräbt, ein Krebsgeschwür, das in einer etwas totalitäreren Demokratie – und mit der Regierung Meloni sind wir fast so weit – dazu benutzt werden könnte, jede politische Dissidenz, jede Art von hypothetischem Extremismus zu unterdrücken, also mit Terror zum Schweigen zu bringen. Das Gericht, das über das mittelalterliche Schandmaskenurteils des 41-bis entscheidet, ist dem faschistischen Sondergericht sehr ähnlich, die Dynamik ist dieselbe: Ich kann diesem Höllenkreis nur entkommen, wenn ich meine politischen Überzeugungen, meinen Anarchismus verleugne, nur wenn ich irgendeine/n Gefährtin oder Gefährten verkaufe. Es beginnt immer mit den „Zigeunern“, den Kommunisten, den Antagonisten, den Chaoten, den Subversiven und dann der mehr oder weniger revolutionären Linken. Wie könnte ich mich dem nicht widersetzen, jedenfalls auf verzweifelte Weise, und für einen Anarchisten, gerade weil wir keine Organisation haben, ist das gegebene Wort alles, und deshalb werde ich bis zum Ende weitermachen. Um mit den Worten des Anarchisten Henry zu schliessen, der, wenn ich mich recht entsinne, sagte, bevor man ihm den Kopf abschlug: Wenn mir die Vorstellung nicht gefällt, kann ich sie genauso gut verlassen, hinausgehen und die Tür laut zuschlagen. Das werde ich in den nächsten Tagen tun, hoffentlich mit Würde und Gelassenheit, so weit es mir möglich ist. [...]

Ich danke euch, Brüder und Schwestern, für alles, was ihr getan habt, ich liebe euch und verzeiht mir meine unlogische Sturheit. Niemals mit gesenktem Kopf, immer für die Anarchie. Lang lebe das Leben, nieder mit dem Tod.

Alfredo Cospito



Solidarität ist unsere Waffe

Rote Hilfe Schweiz ★ rotehilfesch.noblogs.org



Editorial



8. März Demonstration in Winterthur.

(red) Es war ein denkwürdiger Tag, als an einem Sonntagabend, Ende März 2023, anstatt der Tatortkommissar_innen die Finanzministerin über den Bildschirm flimmerte. Im Rahmen einer Pressekonferenz wurde die Übernahme der Credit Suisse durch die UBS verkündet. Beschlossen wurde dies per Notrecht. Das Eigentumsrecht, mit einer der heiligsten Kühe im bürgerlichen Staat, wurde kurzerhand ausser Kraft gesetzt und Staat und Nationalbank sicherten der UBS Garantien in Milliardenhöhe zu, falls die Einverleibung nicht rund laufen sollte. Alles in allem ein Lehrstück darin, wie Gewinne privatisiert, Verluste aber stets gemeinschaftlich getragen werden müssen.

Während Reformist_innen nach einer Zügelung der exorbitanten Bankerboni rufen, müssen wir feststellen, dass diese ein blosses Symptom einer weit tieferliegenden Problematik sind. Eine fundierte Analyse dazu findet sich auf unserer Webseite aufbau.org.

Tage wie der genannte Sonntag führen uns vor Augen, wo die Priorität des bürgerlichen Staates liegt, nämlich in der Schaffung bestmöglicher Bedingungen für das Kapital. Geht es um unsere Bedürfnisse, dessen sind wir uns sicher, werden keine Milliarden gesprochen. Mietzinse wachsen ins Unermessliche und die Arbeitsbedingungen in verschiedensten Bereichen, etwa dem Care- oder dem Logistiksektor, werden immer prekärer. Mehr dazu in dieser Zeitung.

Der bürgerliche Staat kämpft nicht für uns, also kämpfen wir gegen den Staat.

Heraus zum 1. Mai!

Für neue Leserinnen und Leser:

Der aufbau ist die dreimonatlich erscheinende Zeitung des Revolutionären Aufbaus Schweiz. Sie schafft Öffentlichkeit für soziale Bewegungen, gibt Orientierung gegen die herrschenden Ideologien, ist internationalistisch und berichtet parteiisch aus den Bereichen Widerstand, Arbeitskämpfe, Frauenkampf, Migration, Antifaschismus, proletarischer Internationalismus, politische Gefangene, Aufstandsbekämpfung und Rote Hilfe.

Der aufbau will zu einer Stärkung linker Antworten beitragen auf die Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus, auf weltweit wachsende Klassenwidersprüche, auf menschenfeindliche neoliberale Ideologie, auf Ressourcenknappheit und einen Aufschwung imperialistischer Kriege. Zu diesem Zweck zitiert der aufbau u.a. Karl Marx, gemäss dem die kapitalistische «Gesellschaft kein fester Kristall (ist), sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus». In diesen Umwandlungsprozess gilt es revolutionär einzugreifen zugunsten einer sozialistischen, perspektivisch kommunistischen Gesellschaft.

Auf deine kritische Meinung und aktive Beteiligung sind wir angewiesen. Schreib uns!

USA

Aufgeschoben, nicht aufgehoben.

Bündnisse widerspiegeln Interessen und Kräfteverhältnisse. Wohin steuert das transatlantische Bündnis mit dem Spielball Ukraine nach den US-Präsidentenwahlen 2024? Die Felle werden offensichtlich schon heute ins Trockene gebracht.

(gpw) Die Diskussionen in den westlichen Ländern um den Krieg in der Ukraine, Austragungsort des Grossmachtkonflikts um die Kontrolle des eurasischen Kontinents, waren lange Zeit so simpel wie absolut: Alles soll dafür getan werden, dass Kiew reüssiert und Moskau einbricht, die militärische Unterstützung aus den NATO-Staaten kennt kaum Grenzen und das damit einhergehende Risiko beim Tanz auf Messers Schneide muss zugunsten der «guten Sache» in Kauf genommen werden.

Rund um den ersten Jahrestag der russischen Offensive vom Februar 2022 tauchten in den Debatten über den Krieg aber wieder Nuancierungen auf, die vormals als undenkbar und -sagbar galten. Im Nachgang zur Münchener Sicherheitskonferenz Mitte Februar schrieb Wolfgang Ischinger etwa: «Wir müssen umdenken: Unser gemeinsames Ziel muss sein, diesen Krieg so schnell wie möglich zu beenden.» Kaum Zufall, dass diese Intervention unmittelbar nach der Konferenz erfolgt, bei der sich die transatlantische Führungsriege zwecks interner Koordination in Deutschland versammelt, kaum Zufall, dass sie vom langjährigen Leiter der Konferenz und ehemaligen Botschafter der BRD in London und Washington DC höchstpersönlich vorgetragen wird.

Weshalb aber muss umgedacht werden? Ein gewichtiger Grund dafür dürfte die diplomatische Offensive der Volksrepublik China sein, die einen Vorschlag zum Friedensprozess um die Ukraine vorlegt und gerade erst in den Verhandlungen zwischen dem Iran und Saudi-Arabien bewies, dass sie solche Annäherungsprozesse zu einem Ende führen kann. Wollen die Staaten Europas und die USA nicht zu Statist_innen degradiert werden, wenn die Zukunft des Kontinents verhandelt wird, müssen eigenständige Vorschläge her, wie der Krieg mit nicht-militärischen Mitteln beendet werden könnte, zumal die bisherigen Waffenlieferungen noch nicht das ersehnte Resultat herbeiführten.

Ein weiterer Grund ist die Innenpolitik der Vereinigten Staaten. Schon die Parlamentswahlen im November 2022 haben die Dinge aus Sicht der Administration von Joe Biden verkompliziert, weil die Demokratische Partei ihre Mehrheit im Repräsentantenhaus verlor. Seither ist die Unterstützung aus den USA für die Selenskyj-Regierung nicht mehr uneingeschränkt, weil die Republikanische Partei weit weniger Gewicht auf das transatlantische Bündnis und den Krieg in der Ukraine setzt. Am Horizont drohen zudem die US-Präsidentenwahlen 2024, bei denen aller Voraussicht nach der vormalige US-Präsident Donald Trump oder ein Kandidat mit ähnlicher aussenpolitischer Ausrichtung für die Republikaner in den Ring steigen wird. Klar ist, dass sich damit das Zeitfenster für eine Entscheidung in der Ukraine zu verkürzen beginnt, wenn man das Wagnis der möglichen Rückkehr von «America First» inklusive Abkehr von Europa nach den Wahlen nicht eingehen will.



Kriegsminister - Pistorius (BRD; v.l.n.r.), Austin (USA) und Resnikow (UKR) - unter sich an der Ramstein Konferenz im Januar 2023

Zurück auf Feld Eins?

Die Widersprüche im Lager der NATO-Staaten bezüglich der Rolle der USA als militärisches Schutzschild Europas sind weder durch den Krieg noch durch die Zeit aufgehoben worden. Die vom französischen Präsidenten Emmanuel Macron forcierte Diskussion um die strategische Autonomie europäischer Staaten wurde 2019 zum ungefähr gleichen Zeitpunkt in der Regentschaft von Trump mit dem «Die NATO ist hirntot»-Kommentar vorangetrieben, wie nun angesichts ihres potentiellen nahenden Endes unter der Biden-Administration die Schlagzahl der Diplomatie um die Ukraine erhöht wird. Grundsätzlich hat sich seither wenig an den Positionen der drei hauptsächlich imperialistischen Staaten in Europa in dieser Diskussion geändert: Grossbritannien orientiert sich nach dem Brexit klar in Richtung USA, in Frankreich hält sich stoisch Macron, der nicht von seiner Agenda abgerückt ist, und Deutschlands eigenständige militärische Möglichkeiten bleiben als einzige Nicht-Atommacht dieses Trios trotz Zeitenwende limitiert, so dass sie innerhalb der EU wenig dafür tun, sich von den USA zu lösen.

Wenig erstaunlich also, dass Institutionen wie die Europäische Verteidigungsagentur (EDA), welche innerhalb der EU die Kriegsmaterialproduktion koordinieren soll, darüber klagen, dass die eigentliche länderübergreifende Koordination trotz europaweiten Rekordausgaben für den Krieg kaum vom Fleck kommt. Bloss ein Fünftel der gesprochenen Milliarden fliesst in gemeinsame Projekte, das allermeiste geht an die jeweils eigene nationale Kriegsindustrie. Die Ausnahme bleiben Projekte wie die

gemeinsame Munitionsbeschaffung von fast allen EU-Mitgliedsstaaten, die Ende März verkündet wurde und Artilleriegeschütze im Wert von 2 Milliarden Euro an die Ukraine liefern soll. Zum Vergleich: Das entspricht rund einem Prozent der Rüstungsinvestitionen der EU-Staaten in 2021. Zudem ist unklar, innert welcher Frist die versprochenen Geschosse produziert und geliefert werden können, weil die Produktionsketten zuerst hochgefahren werden müssen und die Rohstoffe rar sind.

Dennoch: Es spricht Bände, wenn die Bekanntmachung dieses Projekts von EU-Aussenminister Josep Borrell wohlwollend als «erneuter Tabubruch» bezeichnet wird. Die Widersprüche zwischen den europäischen Grossmächten mögen sich seit 2019 im Wesentlichen nicht verändert haben, aber die Bedingungen, in denen sie wirken, haben sich sehr wohl gewandelt. Die allgemeine Kriegstendenz des Imperialismus dominiert Politik und Gesellschaft, weil die Kriege von der Peripherie in Richtung Zentrum wandeln. Entwicklungen in Richtung einer multipolaren Weltordnung stellen die Bestimmung des Zentrums selbst zur Disposition. Unabhängig davon, wann und wie der Krieg in der Ukraine ausgeht, markiert er an sich das Einläuten eines verschärften Konkurrenzkampfes, der auch innerhalb vermeintlich einheitlicher Bündnisse ausgetragen wird.

UNVERÖFFENTLICHTE NACHRICHTEN

Angriff gegen türkischen Bau-Tycoon in Zürich

Heute Nacht haben wir in Zürich den Briefkasten der Bauingenieur-Firma Sauerwein Schäfer SSB AG gesprengt. Die SSB befindet sich seit rund 10 Jahren in vollständigem Besitz der ERG International Group, einem der grössten Bauunternehmen der Türkei. Die gut in den Palast vernetzten türkischen Bau-Milliardäre sind neben der Rüstungsindustrie die direktesten Profiteure der Erdogan'schen Wirtschaftspolitik – und sie sind Hauptverantwortliche für die verheerenden Auswirkungen des jüngsten Erdbebens.

Heute begeht die kurdische Bevölkerung auf der ganzen Welt ihre Neujahresfeier Newroz. Sie begeht sie 2023 in Trauer. Über 50'000 Menschen verloren beim Erdbeben Anfang Februar ihr Leben, Hunderttausende stehen vor dem Nichts, kaum eine Familie, die nicht direkt betroffen wäre. Sie begeht das Neujahr aber auch im Wissen nach vorne schauen zu müssen. Auf ein Jahr voller Kämpfe. In der Türkei stehen Wahlen an und bereits hat sich gezeigt, dass Erdogan nicht zögert, das Erdbeben direkt für seine genozidale Politik auszunutzen und eine demographische Veränderung der betroffenen Gebiete voranzutreiben. In Syrien rekonstruiert sich der IS, in den Bergen Nordiraks wird die Guerilla weiterhin mit Bomben und Giftgas angegriffen

und am Vorabend des Dritten Imperialistischen Weltkrieges scheint Chaos und Faschismus für verschiedene globale Players zur besten verfügbaren Option geworden zu sein.

Keine Frage, diesen Newroz wird es auch darum gehen Kräfte zu sammeln für diese anstehenden Konfrontationen. Zurück zu schauen um vorwärts zu gehen. Sich darauf besinnen wer der Feind ist und vorallem auch darauf wer die eigene Seite ist. Denn diese ist stark. Die solidarischen Nachbarschaftsstrukturen, die heute in der Südost-Türkei gegen die militarisierten Zwangsverwaltungen spriessen, sind die Barrikaden der anstehenden Auseinandersetzungen, die Guerilla in den Bergen entwickelt in atemberaubenden Tempo neue Techniken, Taktiken und Strategien. Rojava ist in seinem erfolgreichen Widerstand gegen innere wie äussere Feinde längst zu einem Symbol der Freiheit und Selbstbestimmung geworden für alle Unterdrückten weltweit.

In diesem Sinne haben wir heute eine symbolische Aktion gegen die SSB und die hinter ihr stehende ERG der Familie Erbilgin ausgeführt. Gerade wir als Internationalist:innen müssen eines klar haben: Es ist nicht das Erdbeben, das all die Menschen getötet hat, es sind die Profit-Interessen einer kleinen Clique von

Profiteuren. Gedeckt durch den Palast und die Korruption haben die grossen Bau- und Immobilien-Unternehmen über Jahre und Jahrzehnte hinweg fette Gewinne eingestrichen. Die Familie Erbilgin, eine der reichsten der Türkei, gehört genau zu dieser Clique. Die Beziehung dieser Kreise zum AKP-Regime ist symbiotisch. Durch gigantische Infrastruktur-Aufträge reich geworden, sind sie dem türkischen Palast auf Gedeih und Verderben verbunden – und dieser mit ihnen.

Ein Erdbeben hat kein Gesicht, keine Adresse. Der türkische Faschismus aber, der eigentliche Mörder, er hat Gesichter und Adressen. Auch hier in Europa. Ihn gilt es anzugreifen. Mit ganzer Kraft.

Hoch die internationale Solidarität!

<https://barrikade.info/article/5754>



Die Massenperformance "Un violador en tu camino", die ihren Ursprung in Chile hat, ist ein starker Ausdruck von kollektivem Widerstand gegen patriarchale Gewalt und Bullengewalt

KONSENS

Ein «JA» allein bedeutet nicht zwingend Konsens

Die Konsenslösung soll von sexualisierter Gewalt Betroffene stärken und ist somit ein zentrales feministisches Anliegen. So lautet zumindest der Tenor in Teilen der Bewegung. Stimmt das? Und was ist Konsens überhaupt? Der Versuch einer Erklärung und eine Spurensuche jenseits von Ja und Nein.

(agf) In dem Jahr, in dem der grosse Frauenstreik sein dreissigjähriges Jubiläum feiert, revidiert die Schweiz ihr veraltetes Sexualstrafrecht. Es versteht sich von selbst, dass wir als revolutionäre Kommunist_innen das bürgerliche Recht ablehnen und wir uns von einer solchen Revision keinen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel erhoffen. Fest steht jedoch auch, dass sexualisierte Gewalt eine Realität ist, der wir uns auch schon im Hier und Jetzt - nicht erst in einer utopischen Gesellschaft - vehement entgegenstellen müssen.

Mit der Revision wird etwa die längst überflüssige Einführung des Vergewaltigungsdeliktes bei Männern bzw. Menschen ohne Vagina (das Schweizer Recht kennt nur die zwei Geschlechterkategorien "Frau" und "Mann") eingeführt. Bis anhin existierte gemäss Schweizer Recht nämlich nur die Vergewaltigung von Frauen. Auch erzwungene anale Penetration galt bei Männern lediglich als Schändung. Eine weitere grosse Verbesserung der Rechtslage, welche mit der Revision einhergeht, ist die Abschaffung des Zwangselements bei der Bewertung eines Delikts. Bis dato musste physischer Zwang bestanden haben, damit eine Vergewaltigung als solche gewertet wurde. Mit dieser Neuerung ging auch die Diskussion darüber einher, wann eine Vergewaltigung eine Vergewaltigung ist, wenn Zwang keine Rolle mehr spielt. Wenn die betroffene Person Nein gesagt hat? Oder wenn sie nichts gesagt hat, also ein Ja fehlte?

Auch wenn am Erscheinungsdatum dieses Artikels endgültig feststeht, dass der Grundsatz «Ja heisst Ja» nicht in der Revision des Sexualstrafrechts in der Schweiz berücksichtigt wird, und sich stattdessen allem Anschein nach die sogenannte Widerspruchslösung «Nein heisst Nein» durchsetzt, halten zahlreiche feministische Gruppen weiterhin an der Konsenslösung fest. Die Nein heisst Nein Lösung wird aufgrund des vorausgehend genannten wegfallenden Zwangselements zwar als Erfolg gewertet, doch sei sie nicht genug. Irgendwann, besser früher als später, so lautet die Devise, muss die Konsenslösung doch noch her.

Doch was bedeutet «Ja heisst Ja» eigentlich im Kontext sexualisierter Gewalt? Was würde sich bei der Einführung der Konsenslösung wirklich ändern? Und: Lässt sich Konsens per se überhaupt mit einem Wort bemessen?

Eine Scheindiskussion und viel Halbwissen

Im Kontext der laufenden Gesetzesrevision wurde die Konsenslösung zum ersten Mal ausserhalb der feministischen und universitären Bubble in breiteren Teilen der Schweizer Gesellschaft diskutiert und kritisiert. Während sich die parlamentarische Linke, die feministische Bewegung und zahlreiche NGOs, allen voran die internationale Menschenrechtsorganisation Amnesty International, für die Konsenslösung aussprachen, hagelte es von rechts Kritik. Von einem «Vertrag vor dem Sex», einer «Welle an Falschbeschuldigungen» und «woker Zwängerei» war (mal wieder) die Rede. Dass dabei allen voran eine ganze Artillerie an Falschbehauptungen aufgeföhren und zum Teil auch medial verbreitet wurde, überrascht zwar

nicht, macht dennoch wütend. Eines der am weitesten verbreiteten, wenn auch von Anfang an von zahlreichen Fachpersonen und der Politik vehement widerlegten Märchen ist die Annahme, wonach die Konsenslösung zu einer Beweislastumkehr führen würde. Diese Annahme ist Humbug und stand zu keinem Punkt zur Diskussion. Es war gerade diese Scheindiskussion, die massgeblich dazu beitrug, dass eine fundierte Auseinandersetzung in den Hintergrund rückte. Entsprechend verhielt sich auch die institutionelle Linke: In einem zugespitzten Diskussionsklima verschanzte man sich hinter der Konsenslösung, als würde sie direkt dazu beitragen, dass es weniger sexualisierte Gewalt gibt. Doch tut sie das?

Andere Faktoren spielen mit

In 14 europäischen Ländern gilt die «Nur Ja heisst Ja» Lösung in Bezug auf sexualisierte Gewalt bereits. Bisher fehlen belastbare, beziehungsweise über Landesgrenzen hinaus generalisierbare Zahlen und Studien dazu, ob die Konsenslösung wirklich zu mehr Verurteilungen, beziehungsweise zu mehr Anzeigen führt. Grundsätzlich sind es aber nicht nur die Gesetzesparagrafen, welche bestimmen, wie viele Personen eine Sexualstraftat zur Anzeige bringen. Andere Faktoren wie das Vertrauen in die Institutionen - etwa die Polizei oder den Rechtsstaat - sozioökonomische Ressourcen, Abhängigkeitsverhältnisse und Sprachkenntnisse, wie auch die Kenntnisse des geltenden Rechts sind weitaus bessere Indikatoren dafür, ob ein Sexualdelikt angezeigt wird.

Zum Verständnis: In der Schweiz werden lediglich 8-11 Prozent aller Sexualdelikte zur Anzeige gebracht. Eine weitere wichtige Zahl in diesem Kontext: Bei rund 80 Prozent der Sexualdelikte ist der Täter nicht «der Fremde im Park» (auch diese Fälle gibt es, sie sind jedoch weitaus seltener), sondern eine Person, welche die betroffene Person bereits kennt, etwa der (Ex-)Partner, ein Familienmitglied, ein Arbeitskollege. Auch in welchem Verhältnis Betroffene zum Täter stehen, ist weitaus ausschlaggebender dafür, ob eine Anzeige eingereicht wird oder nicht. Und schlussendlich gilt, wie bereits oben skizziert, keine Beweislastumkehr. Da es sich bei sexualisierter Gewalt in den meisten Fällen um ein sogenanntes Vieraugendelikt handelt, steht Aussage gegen Aussage und es liegt bei der Anklage die Schuld des potenziellen Täters zu beweisen: Egal ob Konsens oder Widerspruchslösung.

Konsens ist mehr als ein Ja

Hinzu kommt, dass auch eine «korrekt umgesetzte» Konsenslösung und gewissenhafte Prozessführung nicht garantieren kann, dass tatsächlich Konsens vorliegt. Nämlich dann, wenn gar kein Konsens möglich ist. Die Annahme, dass eine Person aus freien Stücken Ja zu einer Tätigkeit oder Handlung (egal ob sexueller Natur oder nicht) sagen kann, geht nämlich davon aus, dass sich die zwei gegenüberstehenden Individuen in keinem Abhängigkeitsverhältnis befinden und keine Machtasymmetrie vorliegt. Nur ist dies in der Praxis selten der Fall. So kann etwa eine Person in einer von Gewalt geprägten Beziehung einer sexuellen Handlung explizit verbal zustimmen, weil sie befürchtet, dass bei einem Nein ein Streit oder schlimmere Gewalt folgt. In der Verhaltenspsychologie wird dieses Phänomen auch als «Fawning» bezeichnet (Fawn, engl. Rehkitz). Ein_e Betroffene_r handelt kooperativ und «freundlich», um weiteres Unheil abzuwenden. Nebst

Flight, Fight und Freeze setzt sich Fawning zunehmend als vierte potenzielle Traumareaktion (durch Stresssituationen ausgelöste körperliche Reaktion) durch. Ein Ja vor einer Gewaltsituation kann in diesem Kontext also nicht blind als Konsens gedeutet werden, sondern könnte auch eine Überlebensstrategie darstellen.

Vergleichbares gilt für ökonomische Abhängigkeiten, aus denen sich eine Person nur vordergründig aus freien Stücken auf sexuelle Handlungen einlässt weil sie andernfalls befürchtet, eine Wohnung, eine Anstellung oder gar das Sorgerecht zu verlieren. Konsens, wahrer, echter Konsens ist nur dann möglich, wenn es einer Person freisteht, Nein zu sagen und sie dennoch keine negativen Folgen zu befürchten hat. In den aktuellen gesellschaftlichen Verhältnissen ist das für Frauen häufig nicht der Fall, was zum Fazit führen muss: Auch die Ja-heisst-Ja Lösung ist kein Allheilmittel gegen sexualisierte Gewalt, solange wir in einer von expliziten und impliziten Hierarchien geprägten Gesellschaft leben. Solange der Kapitalismus patriarchaler Färbung jede Instanz unseres öffentlichen und auch unseres privaten Lebens beeinflusst, ist echter Konsens nicht für alle Personen möglich, am wenigsten für proletarische Frauen, marginalisierte, armutsbetroffene, papierlose Frauen und Queers, für Sexarbeitende, von Gewalt betroffene, Einkommensschwache, Suchtkranke.

Dennoch ein Anfang

Heisst das alles nun, man soll sich gegen die Konsenslösung aussprechen? Mitnichten. Ein starkes Argument für die Ja heisst Ja Lösung, welches sich nicht wegdiskutieren lässt, ist die Verbesserung der Stellung der Betroffenen: Betroffene und Betroffenenvertretungen plädieren seit Jahren vehement dafür, weil es ein anderes Signal sendet, weil es von einer anderen Prämisse ausgeht, weil es die «Agency» einer betroffenen Person stärker hervorhebt, als ein Nein. Es verändert zudem die Fragen, die eine_r Betroffenen während eines Strafprozesses gestellt - oder eben genau nicht gestellt werden. Für Betroffene könnte ein solches Verfahren also weitaus weniger retraumatisierend und isolierend sein, als eines, in dem ständig nach dem fehlenden Nein gefragt wird oder werden muss. Uns ist klar, dass wir es mit einer Klassenjustiz zu tun haben und dass die Täter_innen und Betroffenen, die sich einen teuren Anwalt leisten können, ihre Verfahren eher gewinnen.

Dennoch, für jene, die sich gegen eine Anzeige entscheiden, für jene, die mit ihrer Anzeige scheitern, für alle Betroffenen bleibt ein anderes Gefühl zurück, wenn kein Nein ausgesprochen wurde, weil es womöglich nicht möglich war, aber dennoch die Gewissheit besteht: Ich habe nicht Ja dazu gesagt - und ich bin im Recht, auch wenn ich juristisch verliere. Die Stärkung von Betroffenen findet aber vor allem und mit dem meisten Nachdruck in den feministischen Bewegungen und solidarischen feministischen Räumen statt. In Räumen, wo eine kollektive Analyse sexualisierter Gewalt zu kollektivem Widerstand führt und gemeinsam ausgedrückt wird. Erst im Kollektiv wird dem «ich bin im Recht» ein «und ich bin nicht allein damit» hinzugefügt. Feministische Gegenmacht entsteht also nicht auf dem Papier, sondern in und mit dem gemeinsamen Ausdruck derer, die von patriarchaler Gewalt betroffen bzw. potentiell betroffen sind.

TRYCHLER UND ANDERE

Rechte Friedensbewegung

Wenn es aktuell um Friedensforderungen geht, zeigen sich in der Schweiz immer wieder seltsame und ungewohnte Schauspiele. Faschisten wie diejenigen der Jungen Tat, völkische Nationalisten wie die «Freiheitstrychler», Militär-Fans der jungen SVP, ja sogar die fleissigsten Kriegsgurgeln und Rüstungslobbyisten wie der SVP-Nationalrat Andreas Glarner, setzen sich plötzlich öffentlich für den Frieden ein. Was ist denn da los?

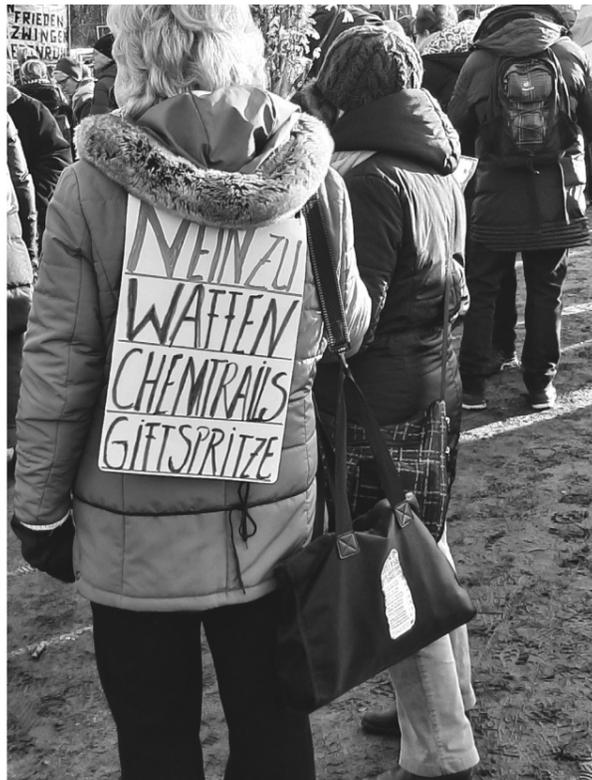
(agafz) Viele Akteur_innen der jetzigen rechten Friedensbewegung waren auch während der Corona-Krise als Massnahmekritiker_innen sehr aktiv. Es handelt sich um eine sehr heterogene Bewegung. Trotzdem hat sich mit der Zeit eine klare gesellschaftliche Utopie herauskristallisiert, die vor allem von rechten Propagandist_innen aktiv bedient wird. Ihr Konsens ist ein ultrakonservatives, weisses, heterosexuelles, transfeindliches und rassistisches Weltbild, welches sie multimedial auf ihren Kanälen verbreiten. Rassismus und Homophobie sollen als positives Erkennungszeichen eines kollektiven Widerstandes gegen eine moderne Gesellschaft empfunden werden. In diesem Lebensgefühl widerspiegelt sich die gesellschaftliche Utopie, auf welche die rechte Friedensbewegung zeigt, wenn sie von Frieden spricht.

Eine Bedrohung für diese utopische Gesellschaft oder eben für diesen Frieden, sind all jene, die einer gesellschaftlichen Entwicklung zu einem rassistischen, ultrakonservativen und völkischen Nationalismus vermeintlich im Wege stehen. Für die neu-rechte Friedensbewegung sind das in erster Linie die «Eliten». Damit ist eine geheimbündlerische Oberschicht gemeint, die eigentlich fast immer entweder zu jüdischen Familien, jüdischen Bankhäusern oder zu irgendwelchen antisemitischen Chiffren führt. Migration, nicht streng heterosexuelle und cis-geschlechtliche Formen der Geschlechtlichkeit sowie etwa Frauenrechte sind für die neuen rechten Friedensapologeten alles Dinge, die von der «Elite» bewusst vorangetrieben werden, um das Volk zu zerstören. Ihr Ruf nach Frieden bezieht sich daher nicht nur auf ein reaktionäres Weltbild, er bezieht sich genauso auf alle jene, die es vermeintlich bedrohen.

Gegen jeglichen Fortschritt

Eines der Ziele besteht darin, das Volk von Links bis Rechts unter einer vermeintlichen Bedrohung durch «Eliten» zu vereinen, damit ihre ultrakonservative Gesellschaft real werden kann. Dazu müssen allerdings bestimmte Teile der Gesellschaft klar verschwinden. Entsprechende Allmacht-, Rache- und Gewaltfantasien finden sich zahlreich in ihren Medien und reichen von Sondertribunalen, über Gefängnis-Folter, bis hin zum Tod. Spätestens bei der Parole «Nicht Links gegen Rechts sondern das Volk gegen die Elite» sollten eigentlich in diesem Zusammenhang bei allen, die schon mal in ein Geschichtsbuch geschaut haben, die Alarmglocken klingeln.

Trotzdem ist es falsch, hier nur die Nazi-Keule zu schwingen, denn Faschist_innen trifft man in der Bewegung zwar deutlich übervertreten an, es handelt sich aber dennoch um eine unbedeutende Minderheit, die sicher nicht den Ton angibt. Vielmehr erinnert der neu-rechte



Verschwörungstheoretische Parolen an der Friedensdemo

Teil der Friedensbewegung an die Phasen vor der Macht-ergreifung der Nationalsozialist_innen in Deutschland. Ein brauner, schlecht zu definierender Sumpf bestehend aus diversen neokonservativen, antisemitischen, ultrakonservativen Gruppen, die sich gegen jede Form einer modernen Gesellschaft wehren, vermischt mit Esoterik und völkischem Nationalismus. Auch Friedensforderungen, die sich gegen eine jüdische Elite richten, waren damals deutlich präsent. Die neuen Rechten sind zwar mehrheitlich keine Nazis, aber Nazis fallen bekanntlich auch nicht vom Himmel. Sie entstehen über längere gesellschaftliche Entwicklungen und es kann gut sein, dass wir gerade eine solche beobachten.

Somit wird nun auch klarer, weshalb die neu-rechte Friedensbewegung in der Kriegsdebatte durchs Band eine pro-russische Haltung einnimmt. Putin verkörpert politisch genau dieses neue, ultrakonservative Lebensgefühl und er betreibt eine intensive, aggressive Propaganda mit denselben Feindbildern. Im Grunde sind sie gar nicht so sehr pro-russisch und auch nicht pro Putin, sondern sie beziehen sich einfach positiv auf den ultrakonservativen Lebensstil, den Putin als starker Mann des Volkes gegen dieselben politischen Feinde propagiert.

Krieg als unausweichliche Folge des Kapitalismus

Friedensforderungen braucht es natürlich trotzdem. Nicht, weil Putin ein böser Mann ist, oder weil die Ukrainer_innen tapfere Freiheitskämpfer_innen sind, so wie es selbst von linker Seite immer wieder moralisierend zu hören ist. Friedensforderungen braucht es, weil wir nicht in einer Gesellschaft leben wollen, die durch Kapitalismus

und Imperialismus den Menschen eine Wirtschafts- und Gesellschaftsform aufzwingt, die unausweichlich zu Kriegen führen muss, um langfristig überhaupt zu funktionieren.

Gemeinsam haben sowohl Russland als auch der Westen einen aggressiven Kapitalismus mit imperialem Verhalten bzw. einen imperialistischen Kapitalismus. Krieg ist der fundamentale Krisenmechanismus kapitalistischer Gesellschaften und die logische Konsequenz einer auf Gewalt und Konkurrenz aufgebauten Gesellschaftsform. Daher darf eine linke Friedensforderung nicht aus der Moral einzelner Personen bestehen. Sie muss ebenfalls perspektivisch auf eine andere Gesellschaft verweisen. Auf eine freie sozialistische Gesellschaft, in der ohne kapitalistische Gewalt und ohne imperialistische Machtansprüche zum Wohle aller gemeinsam produziert und verteilt wird. Eine Gesellschaft, in der es keine Kriege braucht, um als Gemeinschaft ökonomisch mit anderen Gemeinschaften zu funktionieren.

Glaubwürdig auf eine neue Gesellschaftsform verweisen kann man aber nur, wenn mit der bestehenden auch konsequent gebrochen wird. Nationalismus, Volkstümelei, Ausländerfeindlichkeit, Transphobie etc., mit denen der neu-rechte Teil der Friedensbewegung ihren neokonservativen Lebensstil aufbauen will, sind in Wahrheit kein Bruch mit dem Bestehenden. Es sind die gewalttätigen, verrohten, gesellschaftlichen Spiegelbilder jener aggressiven kapitalistischen Gesellschaftsformen, die solche Kriege immer wieder hervorbringen.

Radio Widerspruch



Immer am ersten Samstag im Monat geht die Sendung "Widerspruch" auf dem Winterthurer Radio Stadtfilter über den Äther (96.3.) bzw. übers Kabel(107.35) oder Internet (www.stadtfilter.ch).

Zwischen 16.00 und 18.00 wird jeweils über ein aktuelles politisches Thema berichtet und diskutiert. Ein politisches Musikprogramm und Veranstaltungstipps runden die Sendung ab.

www.winterthur.aufbau.org

MERKE



Im unterschütterlichen Glauben an einen positiven Beitrag für da Klima zu leisten, die Stapo Winterthur mit ihrem zivilen Audi eTron. Passend dazu zwei Dialogbullen der Stapo



AUFWERTUNG

Klybeckplus – Kein «Mehrwert für Basel»

Im Norden Basels ist ein riesiger Umbau geplant. Das Kapital riecht Profite, doch Widerstand ist vorprogrammiert.

(rabs) Basel steht vor grossen städtebaulichen Veränderungen. Im Klybeckquartier im Norden der Stadt sollen 300.000 m², auf der bis vor kurzem die Pharmafirmen Novartis und BAFS ihre Standorte hatten, neu überbaut werden. Entstehen sollen Wohnungen und Arbeitsplätze für 10-30.000 Personen. Dahinter stehen zwei Investoren: Einerseits der Lebensversicherungsanbieter «SwissLife», andererseits die Central Real Estate Holding. Letztere wiederum besteht aus der ehemaligen Credit Suisse und den Bau- und Investitionsunternehmen Mettler2Invest aus St. Gallen und Nova Property Fund Management AG aus Pfäffikon SZ. Auch beteiligt ist der Kanton Basel-Stadt, der einerseits aus Gründen des Standortmarketings, andererseits wegen dem Wohnungsmangel daran interessiert ist, dass hier gebaut wird. Als bürgerlicher Staat geht es dem Kanton aber natürlich auch darum, private Profite zu ermöglichen, weshalb die Zusammenarbeit mit den privaten Investoren eng ist.

Für diese steht natürlich die Rendite im Vordergrund. Da die Menschen – insbesondere in den grossen Städten, in denen die Wohnungsnot immer schlimmer wird – wissen, wie schwierig es ist, bezahlbaren Wohnraum zu finden, soll ein Teil der Wohnfläche billig vermietet werden. So wirbt die Central Real Estate Holding für ihr Projekt «Rhystadt» damit, dass von ihren Wohnungen «ein Drittel preisgünstig» seien, «75 Prozent davon gemeinnützig». Wobei nicht klar ist, was «preisgünstig» und «gemeinnützig» heisst und das Wortkonstrukt verschleiern, dass es sich dabei nur um 25% der Wohnungen (nicht der Wohnfläche, wohl gemerkt) handelt.

Schöne Bilder

Überhaupt ist die positive Kommunikation das A und O des Projekts. Die Anstrengungen, bei der Bevölkerung gut da zu stehen, sind immens. Da ist zuerst der «preisgünstige Wohnraum» und dann Schlagworte wie «Nachhaltigkeit» und «Durchmischung».

Die Visualisierungen sollten wohl auch dazu dienen, dass sich nicht nur Anleger_innen, sondern auch Basels Bevölkerung auf das zukünftige Klybeckquartier freut. Es wird vermieden, in den Himmel ragende Türme mit sterilen Fassaden zu zeichnen. Lieber zeigt man die Stadt von oben, die Dächer begrünt, zwischen den Häusern grosse Grünflächen und viele Bäume.

Eine weitere Taktik um bei den Leuten anzukommen, ist natürlich die Verschleierung. Die Central Real Estate Holding tritt zum Beispiel nicht mit ihrem Namen auf, sondern unter dem anbiedernden Logo «Rhystadt». Der Vorstand und der CEO der beiden Firmen sind jedoch die selben. Und SwissLife versucht sich unter dem Namen «Klybeq» anzupreisen. Beides soll dazu dienen, sich als lokale Player auszugeben, obwohl die Firmensitze in Zürich sind.

Dazu kommt ein sogenanntes Mitwirkungsverfahren, um den Eindruck zu vermitteln, dass die Bevölkerung auch mitreden kann, wenn es um die «Entwicklung» ihres Quartiers geht. Dabei zeigt sich jedoch, dass die Menschen, die im Klybeck wohnen, dieses Manöver durchaus durchschauen. An den offiziellen Mitwirkungs-Sitzungen der Stadt waren sie kaum präsent, unter den wenigen Teilnehmenden waren vor allem Zwischennutzer_innen, die wohl hoffen, ihre Projekte und Start-Ups weiterführen zu können, wenn «Klybeck Plus» umgesetzt ist. An Veranstaltungen zum Quartier, die vom Quartierzentrum Klyck organisiert wurden, waren hingegen viele Bewohner_innen des Quartiers. Und es war deutlich, dass diese weder der Stadt noch den Investoren vertrauen. Wie sollten die denn auch offen kommunizieren können, wenn sie im Namen der Standortförderung und der Profite Projekte verwirklichen wollen, die nicht im Interesse der Bevölkerung sind?

Denn es ist klar, dass sich das Klybeckquartier und auch die anderen angrenzenden Quartiere massiv verändern werden, wenn das Projekt umgesetzt wird. Schon jetzt frisst sich die Gentrifizierung langsam Richtung Norden. Die Feldbergstrasse hat sich in den letzten Jahren stark verändert, nun kommt die Klybeckstrasse an die Reihe. «Aufwertung» heisst insofern Verdrängung, weil Wohnungen in verkehrsberuhigten und begrünter Quartieren bei mehr Menschen beliebt sind, entsprechend die Nachfrage steigt und die Vermieter_innen ihre Wohnungen entsprechend teurer vermieten können. Es ist ja nicht so, dass prekarierte Menschen gerne an lärmigen Strassen wohnen, aber da stehen nun mal die Wohnungen, die noch zahlbar sind.

In den Quartieren im unteren Kleinbasel wird also sowieso, egal wie genau Klybeckplus umgesetzt wird, in den



Graffiti an einem ehemaligen Industriegebäude im Klybeckquartier

nächsten Jahren weiter eifrig massengekündigt und totalsaniert werden. Und die Mieten entsprechend steigen. Dabei gibt es keine gute Lösung innerhalb des kapitalistischen Systems. Auch alles mit Genossenschaften zuzustellen erhöht die Preise im Quartier. Neue Siedlungen werden nie die Durchmischung der Bevölkerung haben wie Altbauquartiere, da sie sich an einem höheren Standard orientieren.

Altlasten

Total undurchsichtig ist der Umgang der Verantwortlichen mit den potenziellen Altlasten. Es ist in höchstem Grad wahrscheinlich, dass der Boden in einem grossen Teil des Areals mit Chemikalien verschmutzt ist. Das sagt nicht nur der gesunde Menschenverstand, wenn man daran denkt, wie lange hier mit hoch giftigen Substanzen gearbeitet wurde: Viel davon wurde in den Rhein geleitet, ein Teil versickerte aber auch vor Ort. Bestätigt wird das durch den Altlastenexperten Martin Forter und die Ärzt_innen für Umweltschutz. Die Verantwortlichen hingegen, also Käufer, Verkäufer und Kanton, wiegeln ab oder bestreiten eine grössere Verunreinigung. Es ist anzunehmen, dass sie darauf spekulieren, dass der Boden entweder wider Erwarten keiner Sanierung bedarf oder aber niemand etwas merkt, wenn beim Neubau Schadstoffe freigesetzt werden.

Die Kommunikation erinnert jedenfalls sehr an die «Lindan-Geschichte» 2013/14. Damals sanierte Novartis auf der gegenüberliegenden Seite des Rheins eine alte Deponie, wobei Lindan, ein verbotenes Insektizid freigesetzt wurde. Während Wochen roch es im Klybeckquartier und in Kleinhüningen übel, auf Klagen der Bevölkerung behauptete der Kanton, «dass die Konzentrationen in Basel derart klein sind, dass der Geruch kaum relevant für die menschliche Gesundheit sein kann.» Novartis behauptete, es trete kein Lindan aus. Schliesslich musste Novartis aber doch die ganze Sanierung umstellen und luftdichte Hallen über das Gebiet bauen, in denen bei Unterdruck das Lindan aus dem Boden geholt wurde. Das könnte beim Klybeckareal ähnlich ablaufen. Die Voraussetzung dafür, eine aufmerksame Bevölkerung, die nicht ohne weiteres den Verlautbarungen der Behörden traut, ist jedenfalls schon mal gegeben.

Wenn eine umfassende Sanierung nötig wird, steigen nicht nur die Kosten ins Unermessliche, die Bauvorhaben würden auch stark verzögert. Dies nicht nur durch die eigentliche Sanierung, sondern auch durch wahrscheinliche Streitigkeiten vor Gericht. Swiss Life und Rhystadt haben zwar den Boden mit allen Risiken gekauft, verliessen sich dabei aber auf die Angaben der Verkäufer Novartis und BASF und des Kantons. Sollten sich

diese als falsch erweisen, werden die Käufer die Kosten für die Sanierung nicht alleine tragen wollen.

Widerstand

Widerstand formiert sich einerseits in Form der Initiative «Basel baut Zukunft». Sie stammt aus einem linksliberalen Umfeld und will die Profite der Konzerne einschränken. Auf Arealen, die zu Wohngebieten umgezogen werden, müsste gemäss der Initiative mindestens 50% der Wohnfläche in Kostenmiete angeboten werden. Das heisst, dass mit diesen Wohnungen kein Profit gemacht werden darf. Die Initiative wurde zuerst von den Investoren vor Gericht angefochten. Seit sie für gültig erklärt worden ist, diskutiert die Regierung mit den Initiant_innen über einen Gegenvorschlag, der eine Abstimmung verhindern könnte, die Interessen der Investor_innen aber trotzdem schützen würde. Dies weil sowohl die Regierung als auch die Investor_innen Angst davor haben, dass die Initiative vom Stimmvolk angenommen werden könnte. Diese Angst ist durchaus berechtigt, fanden doch in den letzten Jahren immer wieder mieter_innenfreundliche Initiativen eine Mehrheit.

Das Los dieser früheren Initiativen wird jedoch wohl auch diese treffen: Denn was dem bürgerlichen Staat nicht passt, wird einfach nicht umgesetzt. Schon heute gilt ja in der Theorie schweizweit ein Profitmaximum auf Mieten. Es muss jedoch von den Mieter_innen einzeln vor Gericht erstritten werden – mit ungewissem Ausgang, wer weiss denn schon, wie viel Profit der oder die eigene Vermieter_in macht?

Widerstand formiert sich aber auch ausserhalb der parlamentarischen Politik. Überall im Quartier sind Sprays, Sticker und Plakate zu sehen, die die Menschen darauf hinweisen, dass «Klybeck Plus» nicht willkommen ist. Die Gruppe, die dahinter steht, hat «keinen konstruktiven Gegenvorschlag», wie sie in einer Broschüre schreiben. Denn ein solcher ist «eh nichts wert innerhalb einer Logik, die «Wohnen» als Ware betrachtet, als Investition, als Möglichkeit zur Rendite.»

Fortsetzung von Seite 1

Wo-Wo-Wonige!

Völlig naheliegend, dass sich die «alles wird besetzt»-Kampagne, die sich rund um die Räumung des besetzten Koch-Areals in Zürich entwickelte, nicht bloss auf das Thema der besetzten Häuser beschränkte. Stattdessen wurde das Feld inhaltlich geöffnet und die Demonstration Mitte Februar 2023 nach der Räumung auch zu einer Manifestation gegen die Wohnungsnot in Zürich. Gewiss versuchten die bürgerlichen Politiker_innen und ihre Claqueure in den Medien den politischen Charakter des Abends im Nachhinein kleinzureden. Schon kurz nach der Demonstration schwärmten die Journalist_innen der Lokalsender aus, um empörte Bürger_innen vor die Kamera zu kriegen, die sich über kaputte Scheiben an Tramhaltestellen eneruierten, und jedem Kleinbürger, der im Achtzgi «imfall au debi gsi isch» (denn früher war alles besser), heute aber arriivert Feinkostläden und ähnliches betreibt, waren die Absätze in den Lokalblättern gewiss. Wer aber tatsächlich mit der Demonstration mitzog und sah, wie sich etwa am Luxusneubau an der Kanonengasse die Wut minutenlang darüber entlud, dass dort nun Reiche für mehrere tausend Franken pro Monat zur Miete in meterhohen Zimmern wohnen, während unsereins keinen noch so kleinen Platz in der Stadt findet, verstand das Ziel des Abends gewiss: Ein militantes Zeichen gegen die Stadt der Reichen.

Es ist ein Zeichen, das die Herrschenden in dieser Stadt durchaus zu verstehen fähig sind. Der «Häuserfrieden», der sich zum Beispiel in der langjährigen Praxis der Stadtpolizei Zürich niederschlug, besetzte Häuser nur unter gewissen Bedingungen zu räumen, ging aus einer längeren Phase des militanten Häuserkampfes hervor. Ende der 1980er-Jahre war die Leerwohnungsziffer in der Stadt ungefähr so tief wie heute. Ähnlich wie damals entlud sich die Wut darüber immer wieder auf der Strasse. Als wöchentlich Demonstrationen stattfanden, Häuser besetzt wurden und im Nachgang ihrer Räumung der Preis für die Räumung jeweils via Sachbeschädigungen hochgetrieben wurde, sah sich die Politik gezwungen, einzulenken. Der damalige Polizeivorsteher Hans Frick meinte dazu nach der Koch-Demonstration in der NZZ: «Die wöchentlichen Demonstrationen haben die Bevölkerung verrückt gemacht. Wir mussten zusehen, dass wir sie in einem tragbaren Mass halten konnten, deshalb hat man im Umgang mit Besetzern sicher eine gewisse Zurückhaltung geübt.»

Von dieser Zurückhaltung ist heute wenig übrig, so dass die Demonstration auch in diesem Sinne ihre Be-



So sah es aus, nachdem sich die Wut am 18.2.2023 bei der «alles wird besetzt»-Demo entlud.

rechtigung hatte. Rund um die «alles wird besetzt»-Kampagne wurde – getreu dem Motto – viel besetzt: Kleine Flächen, die sich für Wagenplätze eignen (beim Juchhof, im Albisriederdörfli oder auf dem Hardturm), ungenutzte Bürogebäude (in Wipkingen oder im ehemaligen Gebäude der Kriminalpolizei) oder Industriehallen wie jene des EWZ am Letten, die leerstanden. Erstens zeigen all diese Initiativen, dass es durchaus noch ungenutzte Räume in dieser Stadt gibt, die zwecks Nutzung angeeignet werden können. Und zweitens ist praktisch allen diesen Besetzungsversuchen gemeinsam, dass es beim Versuch blieb, weil die Politik und Polizei offensiv gegen sie vorging. Der Spielraum, der mit dem «Häuserfrieden» einherging, scheint so nicht mehr vorhanden zu sein, im Gegenteil, kurzerhand lanciert der Stadtrat selbst Lügen wie jene des einsturzgefährdeten Dachs beim EWZ, um der polizeilichen Räumung eine Legitimation zu verschaffen. Ein durchschaubares Manöver.

Hü-Hü-Hüserkampf!

Die Ressource Raum wird zunehmend knapp und die Planung und Gestaltung des Öffentlichen Raums geschieht nicht zufällig. Die Kriterien der Stadtstrateg_in-

nen richten sich nicht nach den Bedürfnissen derer, die die Stadt produzieren und reproduzieren, sondern nach der Bedeutsamkeit des jeweiligen Ortes für den Internationalen Markt. Die unternehmerische Städtepolitik, den Sachzwängen des Kapitalismus unterworfen, orientiert sich vor allem am Konkurrenzverhältnis zu anderen Ortschaften und am Kampf um Standortvorteile. Der Kampf gegen die kapitalistische Stadtentwicklung ist ein Kampf um Räume, seien es nun besetzte Häuser, Freiräume oder der Kampf gegen die Verdrängung. Wenn wir diese Kämpfe verbinden können, sind wir stärker. Auch wenn der Gegner allmächtig scheint und die Zeichen nicht für uns stehen, müssen wir ein Stachel im Fleisch bleiben. Vielleicht erreichen wir nicht alles auf einmal, aber um zu gewinnen muss man kämpfen. Kleine Stiche, wie zum Beispiel am 1. April 2023 an der Reclaim The Streets in Zürich sollen den Herrschenden zeigen, dass auch wir etwas zu sagen haben, wenn es um die Gestaltung der Räume in unseren Städten geht.

AUFWERTUNG**Verdichtung heisst Verdrängung**

Bei Gentrifizierung und Stadtentwicklung haben viele Akteur_innen ihre Hände im Spiel – was sind die Pläne der Stadtverwaltung selbst?

(agi) Die Stadt Zürich wird in den nächsten 20 Jahren bis zu 25% mehr Einwohner_innen haben. Ein solches Bevölkerungswachstum stellt die Verwaltung vor grosse Schwierigkeiten. Doch das STEZ, die Abteilung, welche für die Stadtentwicklung zuständig ist, scheint nur gut über die Zukunft sprechen zu wollen. Sie reden von Ansätzen, welche sie für ein «prosperierendes und weltoffenes Zürich» verfolgen wollen. Wenn man sich diese Ansätze anschaut, ist klar, dass keiner davon der Arbeiter_innenklasse dient. Das STEZ engagiert sich z.B. für die Integrationsförderung. Aber die wirtschaftlichen Interessen in den Bereichen Wirtschaftsförderung, Aussenbeziehungen und Smart City Zürich überwiegen stark.

Raumplanung in der Schweiz

Die Stadt Zürich ist nicht ganz frei in ihren Entscheidungen zur Stadtplanung; es gibt Ziele zu erfüllen. Der vom Bund verfasste überregionale Sachplan mit generell formulierten Zielen und Anweisungen, wird von den Kantonen in Richtplänen genauer definiert. Diese kantonalen Richtpläne geben richtungsweisende Angaben über die Verkehrs-, Energie-, Siedlungsstruktur etc. Die Richtpläne sind behördenverbindlich, alle Gemeinden müssen diese Pläne umsetzen, wobei Nutzungspläne entstehen. Mit den Nutzungsplänen werden auch die rechtlichen Grundlagen festgelegt, wie die Bau- und Zonenordnung (BZO).

Es wird zum Vorteil der Bonzen Tetris gespielt

Für die Stadt Zürich heisst die Lösung der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung Verdichtung nach Innen. Um diese zu ermöglichen, müssen enorm viele neue Siedlungen gebaut werden, die diesem Verdichtungsanspruch gerecht werden. „Alte“ Bausubstanz, entsprechend auch günstiger Wohnraum, wird früher oder später abgerissen.



Gebiete mit baulich möglicher Verdichtung über die BZO 2016 hinaus (Kommunaler Richtplan Siedlung, Landschaft, öffentliche Bauten und Anlagen der Stadt Zürich, vom Gemeinderat festgesetzt am 10. April 2021)

- 1 Leimbach
- 2 Zentrum Wollishofen
- 3 Quartier Friesenberg
- 4 Albisrieden Sihlfeld
- 5 Hard Letzi Altstetten
- 6 Altstetten-Nord
- 7 Zürich-West
- 8 Affoltern
- 9 Seebach
- 10 Neu-Oerlikon
- 11 Milchbuck-Nord
- 12 Leutschenbach
- 13 Schwamendingen
- 14 Witikon

Daten: Amt für Städtebau, Stadt Zürich
Darstellung: Stadtentwicklung Zürich
Datum: Mai 2022

0 1 2 3 km

Verschiedene Indikatoren sollen der Verwaltung in Zürich helfen zu entscheiden, wo noch verdichtet werden kann: Alter der Bausubstanz, Reserven in der BZO etc. In welchen Quartieren verdichtet werden kann, ist auf der Karte zu sehen.

Bei einem Spaziergang durch den Kreis 4 oder 5 wird einem schnell klar: Diese Verdichtung wird nicht alle betreffen, sondern einmal mehr das Proletariat. Die Reichen werden problemlos in immer grösseren Loftwohnungen im Stadtzentrum bleiben können, während der Rest der Bewohner_innen an den Stadtrand verdrängt wird. Dort können sie noch einige Jahre wohnen bleiben, bis sie auch da, im Sinne der Verdichtung, wieder gehen müssen.

Denn in diesen Kreisen verkleinerte sich sogar die Anzahl Einwohner_innen in den letzten 20 Jahren, obwohl sehr viel neu gebaut wird. Die neuen und teuren Wohnungen werden von weniger Bewohnenden genutzt. Und gegen alle Versprechen, die das Amt für Städtebau bezüglich sozialer Stadtentwicklung macht, wird deutlich, dass es in einer Wirtschaftsmetropole wie Zürich nur um wirtschaftlichen Interessen geht.

Das Rezept gegen Verdrängung ist laut STEZ die „Erhaltung und Stärkung der sozialen Durchmischung und des gesellschaftlichen Zusammenhalts“. Die Verdrängung zerstört aber genau diesen Zusammenhalt.

INTERNATIONALE FRAUEN-KONFERENZ

Der US-Imperialismus fühlt sich in seinem Hinterland gestört

Die USA halten sich seit der Proklamation der Monroe-Doktrin 1823 für die Eigentümerin der Rohstoffe des gesamten Kontinents. In der heutigen Realität stärkt China jedoch auf vielfältige Weise seine Verbindungen mit Lateinamerika und hat die USA als Hauptinvestorin verdrängt – Spannungen sind dadurch vorprogrammiert.

(gpw) Militärisch ist der US-Imperialismus nach wie vor die unantastbare Nummer eins: Rund 800 Militärstützpunkte betreiben die USA auf der ganzen Welt, über 75 in Lateinamerika. Von den bedeutendsten liegen zwölf in Panama, ebenso viele in Puerto Rico, neun in Kolumbien und acht in Peru. Es muss jedoch angemerkt werden, dass nicht alle rein militärischen Charakter haben. Hinter dem militärischen Engagement in der Region steckt der Wunsch nach der Kontrolle der Rohstoffe, was beispielsweise auch von der Generalin Laura Richardson, der Chefin des US-Südkommandos, in einem Gespräch mit einem Think Thank unverblümt so benannt wurde. So befinden sich beispielsweise 60 Prozent des weltweiten Lithiums im sogenannten Lithiumdreieck: Argentinien, Bolivien und Chile.

Auf den Schlipps getreten

Spannende Einblicke in die strategischen Überlegungen der USA liefert ein Hearing der General_innen der US-Süd- und Nordkommandos, der oben erwähnten Laura Richardson und Glen VanHerck vom März 2023. Die steigenden Investitionen Chinas in die strategische Infrastruktur Lateinamerikas stellt gemäss der beiden Militärs ein «wachsendes Risiko für die Sicherheit der USA» dar. China sei bestrebt, die Vormachtstellung der USA zu untergraben und abzulösen.

Sorge bereitet vor allem die sogenannte «Neue Seidenstrasse», an der sich 21 lateinamerikanische Staaten beteiligen. Dabei gehe es insbesondere um den Bau von Häfen, Flughäfen und Autobahnen über Cyberspace und Telekommunikation bis hin zur Raumfahrt. Als problematisch wird der «duale» Charakter grosser Megaprojekte eingestuft, die sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden



Chinas neue Seidenstrasse reicht bis Lateinamerika.

können. Die militärische Sphäre sei oftmals auf «zivile Lebensadern wie Stromnetze, Verkehrsinfrastruktur und andere kritische Infrastrukturen angewiesen». So werde zum Beispiel die chinesische Station der Raumfahrtbehörde in Argentinien zur Erforschung der Rückseite des Mondes und zur Verfolgung von Satelliten genutzt. Sie könne aber auch bei gezielten militärischen Angriffen dienlich sein. Richardsons Fazit: «Das ist ein Risiko, das wir nicht akzeptieren oder ignorieren können.» Aus diesen Gründen sei es wichtig, dass die USA die Kontrolle über strategische Gebiete mit Infrastrukturprojekten wie der Drakestrasse, der Magellanstrasse oder dem Panamakanal behalte.

Gewaltige Summen – Chinas Engagement in Lateinamerika

China ist fest in Lateinamerika verankert. Die ausländischen Direktinvestitionen belaufen sich auf mehr als 171 Milliarden US-Dollar. Das entspricht einer Steigerung von 589 Prozent in den letzten zehn Jahren. Gemäss Daten von «The Economist» hatten im Jahr 2000, mit Ausnahme von Paraguay, alle Länder Lateinamerikas die USA als wichtigste Handelspartnerin. Heute gilt das nur noch für Mexiko und Kanada. Doch auch in Mexiko sind grosse Projekte aufgegleist. So liefert Huawei rund 80 Prozent der Telekommunikation und baut 3G- und 4G-Netze in 24 Ländern. Ein brasilianisches Unternehmen hat zudem

vor Kurzem eine Absichtserklärung mit Huawei unterschrieben, den Prototyp eines 5G-Netzes zu realisieren. Das ist kein Zufall: 2021 war Brasilien mit beinahe sechs Milliarden US-Dollar das Hauptziel für chinesische Direktinvestitionen in der Welt. Von einer weiteren Zunahme ist in Zukunft auszugehen, zumal der Parteitag der KP China im Oktober letzten Jahres eine Intensivierung der Beziehungen zur Region verabschiedete. Es wird geschätzt, dass der Handel Chinas bis 2035 auf 700 Milliarden US-Dollar wachsen wird.

«Wir müssen mit unserem Trikot dabei sein»

Generalin Richardson meinte im erwähnten Hearing, dass die Volksrepublik in Lateinamerika «ihre Fähigkeit erweitert» habe, «sich Ressourcen anzueignen» und «Regierungen durch räuberische Investitionspraktiken zu manipulieren» - drastische Worte. Auch im Bereich des Militärs gehe China voran. So sei Peking auch dazu bereit, lateinamerikanische Soldaten an chinesischen Militärschulen auszubilden. Gleichzeitig stellte sie fest, dass China jedoch nicht dazu in der Lage sei, grössere Militärübungen in der Region zu organisieren. Dies sei die Stärke der USA: «Wir müssen mit unserem Trikot dabei sein.» Ein Tipp an die beiden General_innen: Wenn sie ein Trikot tragen wollen, dann sollen sie doch Sport treiben.

NATURWISSENSCHAFTLICHEN THEMEN ENTLANG DEN JAHRESZEITEN

Spatzen pfeifen es von den Dächern - der Frühling ist da !

(agkkzh) Den Haussperling (Spatz, *Passer domesticus*) kennt wohl jedes Kind. Als ausgesprochener Kulturfolger seit Jahrtausenden ist er auf allen Kontinenten, in den Städten und auf dem Land anzutreffen und einfach zu beobachten.

Allgemeines

Die Sperlinge gehören zu den Singvögeln, treten überwiegend in Scharen auf, sind ortstreu und gesellig und halten sich oft in Tagesruheplätzen auf. Der Name Sperling kommt aus dem mittelhochdeutschen «sparo» für «zappeln». Das Gefieder des Haussperlingmännchens ist meistens braun, rötlich-braun, am Kopf einen grauen Mittelscheitel, mit dunkler Kehle und dunklem Latz, der Schnabel ist schwarz gefärbt zur Zeit der Brutpflege. Das Weibchen ist unscheinbarer gefärbt ohne Mittelscheitel, der Unterschnabel ist gelb. Die Jungvögel sehen ähnlich aus wie die Weibchen, haben aber einen gelben Saum am Schnabel.

Obwohl der Spatz vermutlich der bekannteste Vogel und über all die Jahrhunderte sehr anpassungsfähig ist, sind seine Bestände, vor allem in Ballungs- und Siedlungsgebieten in West- und Mitteleuropa, um bis zu 40% zurückgegangen. Er hat grosse Mühe mit sterilen, artenarmen Gärten mit weniger Insekten und der modernen Bauweise, bei der die Fassaden oft glatt sind, da er gerne in Nischen und Schlitzen vorzugsweise an Gebäuden oder in Baumhöhlen nistet und nur wenn er nicht anders kann, sein Nest in Gebüsch anfertigt.

Fortpflanzung und Lebensweise

Bei der Balz plustern sich die männlichen Tiere auf, tschilpen, und oft bringen sie dem Weibchen Geschenke in Form von Nahrung oder für die Auspolsterung des Nestes. Die Sperlinge brüten in lockeren Kolonien, meist in ei-

nem Kugelnest. Männchen und Weibchen sammeln dafür bereits früh im Jahr trockene Gräser und kleinere Ästchen und polstern es mit Moos Gras und Federn aus. Im April beginnen sie mit der Brut und beide Elternteile beteiligen sich an der Aufzucht. Die Brutzeit erfolgt mehrmals im Jahr. Meistens legen sie 4-6 weisse, dunkel gefleckte Eier. Die Nahrung der Sperlinge ist vegetarisch, überwiegend Sämereien und Körner, für die Aufzucht der Jungen benötigen sie jedoch tierische Nahrung wie Insekten (bis über 200 pro Tag) und deren Larven, sogenanntes Wiesenplankton. Gibt es zu wenig Nahrung, essen sie ungünstigerweise auch Haushaltsabfälle, was bewirken kann, dass die jungen Vögel verhungern. Auch wenn die Jungvögel bereits flügge sind, werden sie noch bis zu zehn Tage von den Elternvögeln gefüttert. Regelmässig nehmen die Sperlinge zwecks Gefiederpflege ein Sandbad, um sich von Parasiten wie Federlingen, das sind Kieferläuse, die das Gefieder schädigen als auch von Federmilben, eine Art von Spinnentieren, zu befreien. Die Lebenserwartung der Haussperlinge kann bis zu 10 Jahre sein, als Feinde gelten der Mensch, Katzen, Eichhörnchen, Marder, grössere Vögel wie Falken und Raben.

Sperlingsarten

Bei den vier Arten, die in der Schweiz leben und brüten, gilt es zu unterscheiden zwischen dem Feldsperling, der scheuer ist als der Haussperling, und bei dem sich Männchen und Weibchen äusserlich nicht unterscheiden. Ab 1500 m.ü.M. , also vor allem im Hochgebirge, sieht man den robusten, weiss gefärbten Schneesperling. Im Süden, vor allem in Tessin und seltener im Graubünden und lokal im Wallis, gibt es auch den Italiensperling, der fast wie der Haussperling aussieht aber auf der internationalen Roten Liste der gefährdeten Arten steht. Daneben gibt es noch seltener Sperlingsarten, die vereinzelt gesichtet wurden aber nicht hier brüten.



Haussperling, Weibchen, hellbrauner Kopf, hellere Unterseite als der Rücken.

Historisches

Die Spatzen wurden teils geschätzt, aber auch verfolgt. In den sogenannten Spatzenkriegen - in den USA, Europa bis China - wurden die Tiere gnadenlos als Ernteschädlinge bekämpft, denn gerade in Krisenzeiten wurde der Sperling als Gefahr für die Nahrung der Menschen angesehen. Frass er in Scharen gerne die Körner und Getreide, so galt der Spatz als einfaches Feindbild.

In staatlichen Spatzenverordnungen, zu Hungerzeiten im 18. und 19. Jh. und bis ins 20. Jh. wurden Prämien fürs Fangen und Töten abgegeben; In einzelnen Teilen Deutschlands mussten die Leute dem Staat jeweils eine bestimmte Anzahl Spatzenköpfe abliefern, im Volksmund Spatzensteuer genannt. Auch in der Schweiz erinnern sich noch einige, dass bis in den 1950er Jahren bei einigen Gemeinden für getötete Spatzen ein kleines Entgelt abgeholt werden konnte.

Im Bild



Seit 2013 war das Kochareal in Zürich besetzt. Am 16. Februar 2023 wurde es von der Polizei auf Anweisung dieser «rot-grünen» Stadt geräumt. Damit nahmen sie uns den Konzertraum, das Kino, das Velonom, den Bunker, die Sitzungsräume, den Freeshop, die Bandübungsräume, die Vokü-Küche, die Bar, die Werkstatt und vieles vieles mehr. Und sie nahmen in diesen Zeiten der Wohnungsnot über 150 Personen das Zuhause. Mit der Räumung des Kochareals geht eine der längsten und grössten Besetzungen Europas zu Ende. Aber wenn die Stadt Zureich meint nun endlich Ruhe zu haben, dann hat sie sich gewaltig geschnitten. Nichts ist fertig – alles wird besetzt!

WINTERTHUR

In den Quartieren der Pensionskassen

In Winterthur wird Vertreibung und Verdrängung «behutsame Entwicklung» genannt: Neben der Sanierung von hunderten bisher günstigen «Stefanini-Wohnungen», sind es vor allem die Pensionskassen und Versicherungen, die kräftig in die Neubauquartiere investieren und die Mietpreise hochtreiben.

(agw) «Ist es eine Voraussetzung dafür eine lebendige Stadt zu sein, dass eine Stadt arm ist?» fragte die Zürcher SP-Regierungsrätin Jacqueline Fehr im Januar 2023 anlässlich einer Wahlveranstaltung. Gerichtet war die Frage an die Stiftungsratspräsidentin der Stiftung für Kunst, Kultur und Geschichte (SKKG), Bettina Stefanini, und deren Antwort zynisch: «Nein, aber es hilft.» In einer armen Stadt bestünden «Lücken» und diese «Brachflächen in ärmeren Gebieten» würden den Leuten die Möglichkeit bieten, «mit einer Grassroots-Bewegung aus irgendetwas herauszuwachsen». Eine romantische, verklärte Vorstellung von oben herab über «die Armen» und eine gekonnte Selbsteinzenierung von Bettina Stefanini. Was sie als Besitzerin und Verwalterin von rund 1700 Wohnungen in der Stadt Winterthur plant, ist aber zu Ungunsten der erwähnten armen Städter_innen. Die «Renovationsoffensive» der SKKG (siehe aufbau Nr. 106) ist in der Winterthurer Altstadt schon zu weiten Teilen umgesetzt. Die Mieten in den sanierten Häusern sind bis auf wenige Fälle massiv gestiegen. Nun nimmt sich die Stiftung auch die zahlreichen Mehrfamilienhäuser in den Quartieren vor und setzt teilweise auf Abriss und Neubauten. So sollen die zu grossen Teilen von Sozialhilfebezügler_innen bewohnten und verlotterten Wohnblocks an der Zypressenstrasse in Wülflingen abgerissen und durch eine «nachhaltige, ökologische» Neubausiedlung ersetzt werden. Sämtlichen Mieter_innen wird gekündigt und anders als die SKKG das stets be-teuerte, kein vergleichbares Ersatzobjekt angeboten.

«Die wachsende Stadt gut gestalten»

Dass die SKKG gerade am Rand des Quartiers Wülflingen ein solches Projekt durchzieht, steht ganz im Einklang mit den Stadtentwicklungszielen des Winterthurer Stadtrats. Im Leitbild «Räumliche Entwicklungsperspektiven Winterthur 2040», herausgegeben im Herbst 2021, werden hauptsächlich zwei Äste für den «Ausbau des urbanen Profils» der Stadt formuliert: Einerseits die Entwicklung bisheriger Industriebrachen wie auf dem ehemaligen Sulzer-Areal Oberwinterthur (heute Neuhegi-Grüze genannt) oder auf dem Rieter-Areal im Stadtteil Töss, andererseits die «behutsame Entwicklung» von «Wohngebieten mit Erneuerungspotential». Eine Karte verdeutlicht, welche Quartiere und Siedlungen damit gemeint sind: Betroffen werden die Mieter_innen der bisher günstigen Wohnungen am Stadtrand in Wülflingen, Oberwinterthur und am Rosenberg sein, also da, wo der 2018 verstorbene Winterthurer «Immobilienkönig» Bruno Stefanini besonders viele Wohnblocks baute und über Jahrzehnte verlottern liess.

Anders als in anderen Schweizer Grossstädten hat die Winterthurer Stadtregierung allerdings nur bescheidenen Einfluss auf den Wohnungsmarkt. Die Stadt besitzt gerade mal zwei Prozent der Mietwohnungen, in Basel ist der Anteil doppelt, in Zürich, Bern und Lausanne rund dreimal so hoch. Auch der Anteil an Genossenschaftswohnungen ist in Winterthur im Vergleich mit anderen Städten mit 14% eher gering. Grund dafür ist einerseits, dass der Wohnungsbau in der früheren Industriestadt stets in erster Linie den beiden grossen Industriekonzernen Sulzer und Rieter überlassen wurde. Andererseits hat die Stadt auch nach dem Zusammenbruch der Schwerindustrie den Wohnbau privaten Immobilienkonzernen überlassen und



Häuser auf die Strasse! Stadtsparziergang in Winterthur, Dezember 2022

über Jahre eine Politik des aggressiven Standortmarketings betrieben, um «gute Steuerzahler_innen» anzulocken. So wurden auf dem Sulzerareal Stadtmittle Lofts für Gutverdienende hochgezogen oder das Volkshaus beim Bahnhof geschliffen und durch die protzigen Archhöfe ersetzt. Angelockt wurden dadurch zwar kaum richtig «gute Steuerzahler_innen», wie die Stadt in einer Untersuchung einst selbst feststellte, dafür zahlreiche Pensionskassen, Versicherungen, Immobilienfonds und Bauriesen wie Implenia auf der Suche nach Finanzanlagen im Immobilienbereich.

Stabile Renditen durch hohe Mieten

Denn diese Konzerne haben mit der Verschärfung der Krise des Kapitalismus zunehmend Mühe, profitable Anlagemöglichkeiten zu finden. Sie stürzen sich deshalb bevorzugt auf die Immobilienbranche, die stabile und vergleichsweise hohe Renditen verspricht – mit durchschnittlich 6,24% Rendite zwischen 2009 und 2021 gehören Immobilien laut UBS sogar zu den rentabelsten Finanzanlagen. Mit diesen Investitionen und der Aufwertung ganzer Stadtteile wird die Situation zusätzlich angefeuert und die Mietpreise steigen weiter. Die Neubauten der grossen «Entwicklungsgebiete» in der Stadt Winterthur sind fast alle fest in der Hand von Pensionskassen und Versicherungen. In Neuhegi geben sich die Mobiliar, die Helvetia und die Allianz Versicherungen in den Überbauungen «Liz», «Max», «Sue&Til» und «Eulachhof» die Klinke in die Hand, die Nachbarn vom «Roy» und von «7 am Park» zahlen ihre teure Miete an Pensionskassen. Die Beamtenversicherungskasse des Kantons Zürich (BVK) hat bereits auf dem Areal der ehemaligen Seidenweberei und auf dem Archareal investiert und in Wülflingen mit dem «Gartenhof» nachgelegt. Auch in Töss dominieren bei den grossen Neubauten Pensionskassen und Versicherungen als Investoren. Die hohen Mieten in diesen Überbauungen erhöhen mittelfristig auch die Mieten in der Nachbarschaft – mit Verweis auf die «Quartierüblichkeit» der Mietzinsen oder mit weiteren «Aufwertungen». Der Druck auf die Mieter_innen steigt zudem mit der Erhöhung der Energiepreise, die von den Eigentümer_innen auf die Mietenden abgewälzt werden, der Anhebung des Referenzzinssatzes und den allgemein steigenden Lebenshaltungskosten. Da folgert der Winterthurer SP-Stadtrat Nicolas Galladé in einem kürzlich erschienenen Zeitungs-

interview durchaus richtig, dass durch die aktuelle Entwicklung viele Normal- oder Wenigverdienende in den nächsten 10 Jahren aus der Stadt verdrängt werden würden. Er verschweigt aber, dass es mitunter seine Partei war und ist, die diese Entwicklung mit vorantreibt.

«#oisistadt» und überregionales Treffen gegen die kapitalistische Stadtaufwertung

Die aktuelle Stadtaufwertungs politik wird im nächsten Monat gleich von zwei Initiativen in Winterthur thematisiert. Zum einen führt das Revolutionäre Jugendbündnis Winterthur (RJBW) eine Kampagne mit dem Titel #oisistadt. Dabei soll laut Aufruf text aufgezeigt werden, dass die Profiteure der Stadtaufwertung Namen und Adressen hätten. Es gehe darum, die Immobilienkonzerne zu vergesellschaften und als Bewohnende der Häuser und Quartiere selbst darüber zu entscheiden, was mit den Häusern geschehe. «Wir kämpfen dafür, dass aus ihrer Stadt #OISISTADT wird!» Beiträge zur Kampagne können mit dem Hashtag #oisistadt gesammelt werden. Für den Freitag, 26.5. wird um 20h zu einer Demo aufgerufen. Mehr Infos dazu unter www.rjbw.org Andererseits wird am Wochenende vom 26.5. bis 29.5.2023 in Winterthur ein überregionales Treffen gegen die kapitalistische Stadtaufwertung stattfinden. Organisiert wird es von der Häuservernetzung Winterthur. Ziel ist es, «der armenfeindlichen und profitorientierten Stadtaufwertung von oben eine antikapitalistische Perspektive von unten entgegenzusetzen». Während drei Tagen soll es ein Austausch «über unsere Erfahrungen mit Kämpfen gegen Gentrifizierung, Verdrängung, Wohnungsnot und Kommerzialisierung des öffentlichen Raumes» geben. Das akute Thema der Wohnkrise soll im Zentrum stehen, von links und unten diskutiert werden und ein überregionaler solidarischer Austausch erreicht werden. Mehr Infos dazu auf wohnraumverteidigen.noblogs.org

ARBEITSKAMPF

Die 44 Stunden Woche als Fortschritt?

Hatten sich bereits zu Beginn der Coronapandemie die Arbeitsbedingungen bei Zustellfirmen prekarisiert, werden heute die Schlagworte Preiskampf, Digitalisierung der Zustellung und wieder sinkende Pakermengen zum Anlass genommen, die Arbeitsbedingungen in der Paketlogistik weiter zu verschärfen. Teilweise regt sich Widerstand, auch bei Planzer KEP in Zürich-Altstetten.

(agkkz) Ein Lohn, welcher kaum zum Leben reicht, überladene Zustellfahrzeuge, Arbeitswochen von 50 bis 70 Stunden Arbeitszeit, obwohl die vertraglich festgelegte Sollarbeitszeit mit 48 Stunden pro Woche schon sehr hoch angesetzt ist, sehr kurzfristige Diensterteilungen und unter dauerndem Stress auszuführende Zustellarbeiten, welche physisch und psychisch kaum auszuhalten sind. Dies alles beschreibt die Arbeitsbedingungen bei Planzer KEP in Zürich-Altstetten, welche durch eine Handvoll Zusteller im Dezember 2022 in einer SRF-Fernsehsendung öffentlich gemacht wurden. Obwohl besonders prekär, sind diese Arbeitsbedingungen bei allen anderen Paketdienstleistungsfirmen ebenso Standard, wie auch die Tatsache, dass mit der Paketzustellung kaum noch Profit zu machen ist. Die sprichwörtliche Zitrone ist längst bis auf den letzten Tropfen ausgepresst. Paketdienstleister wie beispielsweise Quickpac, Planzer KEP und die Post CH AG kämpfen mit sinkenden Erträgen und seit letztem Jahr wieder rückläufigen Pakermengen. Bei der Post CH AG läuft gerade der Endspurt der grössten Reorganisation der letzten 20 Jahre. Nach der Zusammenlegung der logistischen Bereiche von Brief und Paket und der weit unter der Erwartung liegenden Pakermengen, sind verschiedene Projekte für den Ausbau der Sortierkapazitäten der Pakete auf unbestimmte Zeit sistiert worden. Kürzlich beklagte der Postkonzern ein im Vergleich zum Vorjahr um 157 Mio. CHF geringeren Konzerngewinn beim Jahresergebnis 2022. Dieser reduzierte sich um 35% von 452 auf noch 295 Mio. CHF. Insbesondere das Zustellpersonal des neu geschaffenen Bereiches «Logistik Services» bekommen den durch die verschärfte Konkurrenzsituation entstandenen Druck immer mehr zu spüren. Produktivitätsdruck, ständige Prozessoptimierungen und unregelmässige Arbeitszeiten oder eine zunehmende Ausdehnung der Zustellung auf den ganzen Tag, lassen kaum mehr Raum für Freizeit und Erholung. Die Anzahl der Berufsunfälle und der Langzeitausfälle in Folge von Krankheiten ist hoch. Durchschnittlich 15,8 krankheits- oder unfallbedingte Absenztage pro Mitarbeiter_in wurden 2022 bei der Post verzeichnet. Ganze 7% der Lohnabhängigen bei der Post wurden letztes Jahr Opfer eines Berufsunfalles. In der Tendenz ist eine auffällige Steigerung all dieser Fälle zu beobachten. In der zusammengelegten Verwaltung der beiden Bereiche wurde im Rahmen von diversen Sparmassnahmen Anfang dieses Jahres gar ein Stellenabbau angekündigt. Diese Zahl wurde kürzlich im Bereich von 116 Vollzeitstellen beziffert. Das Konsultationsverfahren, welches schon länger angekündigt wurde, ist seit März 2023 am Laufen.

Preiskampf...

Unlängst hatte Postkonzernchef Roberto Cirillo weitere Preiserhöhungen für Briefe und Pakete angekündigt. Diese betreffen allerdings nur die Preise für die Privatkund_innen am Postschalter und sind im Vergleich zur überwiegenden Mehrheit der Sendungen, welche von den grossen Versandhändlern und Firmen mit regelmässigen Massenbriefsendungen herkommen, fast schon bedeutungslos klein. Trotzdem soll hier ein Teil des Verlustes bei den Privatkund_innen kompensiert werden. Handelt es sich hierbei doch um eine für den Kapitalismus typische Vorgehensweise der Kollektivierung der Verluste. Unangestastet und weiterhin sehr tief bleiben jedoch weiterhin die Preise bei den grossen Geschäftskund_innen. Der Kampf der Paketzustellfirmen um die grossen Versandhändler läuft neben der Beschleunigung der Laufzeiten oder der immer später möglichen Auslieferzeiten in die Sortierzentren hauptsächlich über den Preis der einzelnen Sendungen. Dieser beläuft sich jeweils deutlich unter demjenigen Preis, welcher am Postschalter für Einzelsendungen zu bezahlen ist. Durch diese Strategie konnte Planzer KEP mit SportXX und dem Sperrgutsegment von Digitec Galaxus letztes Jahr zwei Grosskunden der Post abjagen. Da die Preise kaum noch kostendeckend sind, wird bei den Arbeitsbedingungen weiter nach unten gedrückt. Dies bekamen die Zusteller_innen bei Planzer KEP am eigenen Leib zu spüren.

Weitere Projekte, welche bei allen Paketdienstleistern in der Schweiz mittlerweile weit fortgeschritten sind, ist die Vorgabe der Zustelllaufroute mittels Berechnung durch einen Algorithmus mit Einbezug der tagesaktuellen Sendungsdaten. Während bis vor wenigen Monaten die Zusteller_innen ihre zugewiesene Tour noch selbstständig



Durch Solitransparente gestärkte Planzer Zusteller_innen, von den Planzerbossen gefürchtete Blossstellung - Planzer Depot in Zürich-Altstetten, Februar 2023

aus dem Kopf planen konnten, vollzieht sich auch hier die Trennung zwischen Kopf- und Handarbeit zusehends. Diese automatische Berechnung der «optimalen» Laufroute verfolgt neben dem Zweck einer Effizienzsteigerung im Zustellprozess auch die möglichst genaue Vorankündigung der Zustellzeit bei den Empfänger_kund_innen. Von den Chefetagen angepriesen als ein Marktbedürfnis und ein zwingendes Element im Konkurrenzkampf mit den Mitbewerber_innen, entwickelt sich daraus eine Spezialisierung in die digitalen und komplexen Tätigkeiten der Pflege der Tourenplanungssysteme und eine Abwertung und Vereinfachung der Zustelltätigkeiten. Dass die Entwicklung dieser Systeme gerade bei der Post nur sehr schleppend vorankommt, zeigt zum einen die kaum zu schaffende Abbildung der Realität auf den Strassen im benötigten Kartenmaterial und zum anderen die kaum umsetzbaren Anforderungen im Algorithmus für eine «optimale» Laufroute, welche bisher im Kopf der Zusteller_innen viel besser umgesetzt werden konnte. Die Arbeitszeiten der Zusteller_innen verlängern sich zurzeit um rund 10 Prozent, was eine weitere negative Entwicklung der Arbeitsbedingungen bedeutet.

Arbeitskampf bei Planzer KEP

Vor knapp vier Jahren ist in der Schweiz der bisher auf die Güterlogistik spezialisierte Schweizer Konzern Planzer auf den Zug der Paketzustellung aufgesprungen. Sind in ihrem Hauptgeschäft hauptsächlich Subunternehmen unterwegs, setzen sie im neu geschaffenen Bereich Kurier-Express-Paket auf Eigenleistung. Sehr schnell gewachsen gehören sie nun zu einem der grössten Paketdienstleister in der Schweiz. Durch die dort herrschenden Arbeitsbedingungen hat sich letztes Jahr eine Gruppe des Planzer Zustellpersonals am Standort Zürich-Altstetten organisiert und sich vorgenommen, gegen diese Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Drei der aktivsten Zusteller wurden inzwischen unter fadenscheinigen Gründen freigestellt und gekündigt, anderen wurde die Kündigung angedroht. Zeitweise hat ein Drittel der Belegschaft wegen krankheitsbedingter Absenzen gefehlt, was schon fast als individueller Streik verstanden werden kann. Eine von Genoss_innen der «Organisierten Autonomie Zürich» organisierte Solidaritätsaktion mit Transparenten in unmittelbarer Nähe vom Depot hat den Planzerbossen offensichtlich zu viel Staub in der Öffentlichkeit aufgewirbelt. So wurden die Solidaritätsbotschaften an die Belegschaft durch den Depotchef schnell wieder entfernt. Nun hat sich die für ihre sozialpartnerschaftliche Herangehensweise bekannte Gewerkschaft Syndicom eingemischt und bemüht sich um GAV-Verhandlungen. Auf Wunsch von Planzer wurde auch die gelbe Gewerkschaft SYNA mit einbezogen. Eine zentrale Forderung der GAV-Verhandlungen ist die Reduktion der wöchentlichen Sollarbeitszeit auf 44 Stunden, jedoch bis jetzt nur unter der Bedingung von Seiten Planzers, dass auch der Lohn dementsprechend reduziert wird. Es ist kaum was zu holen für die Lohnabhängigen unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise, schon gar nicht ohne konkrete Kampfansagen. Immerhin konnte durch den öffentlichen Druck bei DPD am Standort Buchs ZH und bei der Post CH AG am Standort Zürich-Oerlikon erreicht werden, dass an Subunternehmen ausgelagerte Zustelleistungen zumindest wieder teilweise eingelagert werden. Stehts bemüht um ihr Image in der Öffentlichkeit, lohnt sich eine Bloss-

stellung der herrschenden Arbeitsbedingungen bei den Paketdienstleistern als Druckmittel für Verhandlungen zum Teil schon. Vergleicht man die Arbeitsbedingungen der Branchen der Schweiz und Deutschland, sieht es beider Orts sehr ähnlich aus, mit Ausnahme der Kampfbereitschaft. Dass es eben auch anders gehen würde, zeigt gerade aktuell der Tarifstreit zwischen der Gewerkschaft ver.di und der Deutschen Post AG in Deutschland. 86% der Gewerkschaftsmitglieder haben sich, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, für unbefristete Streiks ausgesprochen. Mit dieser überwiegenden Mehrheit von kampfbereiten Kolleg_innen im Rücken, stimmte die Verhandlungskommission der Gewerkschaft dann trotzdem einem weit unter den Forderungen der Belegschaft liegenden Angebot zu. Bei der Deutschen Post AG handelt es sich um einen Konzern, der unlängst erst noch 2.2 Milliarden Euro Dividendenausschüttung für seine Aktionär_innen beschlossen hatte. Zuerst aber muss in einer Urabstimmung der Gewerkschaftsbasis über die Annahme oder Ablehnung dieses faulen Kompromisses entschieden werden. Es wird sich also erst noch zeigen müssen, ob sich die Belegschaft der Deutschen Post mit diesem Angebot befrieden lässt.



ÜBER DIE ARBEITSBEDINGUNGEN IN DER PAKETZUSTELLUNG

Vor zwei Jahren haben wir eine Broschüre über die Arbeitsbedingungen in der Paketzustellung veröffentlicht. Diese waren damals geprägt durch die in der Coronapandemie plötzlich sehr stark wachsenden Pakermengen, verbunden mit dem entstandenen Personalmangel. Sie handelt unter anderem von der Paketmarktliberalisierung in der Schweiz, Auslagerungen an Subunternehmen und darüber, weshalb auch mit den inzwischen in den grösseren Städten eingeführten Elektroflotten in der Zustellung der Versandhandel trotzdem unökologisch bleiben wird. Nachzulesen unter: aufbau.org/arbeitskampf

ZEITENWENDE

Militarismus, aber von links

Vor mehr als einem Jahr verkündete der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz anlässlich des Krieges in der Ukraine die kommende «Zeitenwende». Seitdem wird immer wieder die europäische «Wehrhaftigkeit» propagiert. Diese Mobilmachung der Köpfe wirkt sich auch auf eine sich selbst als links verstehende Politik aus.

(az) Welchen merkwürdigen Militarismus die gegenwärtigen Zeiten hervorbringen, lässt sich anschaulich anhand einiger Fallbeispiele aufzeigen. Da ist beispielsweise Sara Nanni, die sicherheitspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion der Grünen in Deutschland. Nannis jugendpolitische Hintergründe liegen im Arbeitskreis Zivilklausel. Mit dieser sollten die Universitäten dazu verpflichtet werden, nicht mit der Rüstungsindustrie und dem Militär zu kooperieren. Vergessen ist dieser Antimilitarismus von einst. Heute posiert Nanni unter der Parole «free the Leopards» mit Shirt im Leopardemuster, um für die Lieferung von Panzern einzustehen. Da ist Cédric Wermuth, der sich einst besonders aktiv für den Abbau der Schweizer Armee eingesetzt hat und der 2015 von der GSoA unter dem Titel «Militärköpfe raus – PazifistInnen rein!» zur Wahl in den Nationalrat vorgeschlagen wurde. Heute ist Wermuth am lautesten, wenn es darum geht, dass auch die Schweiz Waffen liefern soll. Da ist Annalena Baerbock mit ihrer «feministischen Aussenpolitik», die sich angeblich für Geschlechteraspekte einsetzt, die allerdings kein Problem damit hat, Rüstungsgüter in Länder wie Saudi-Arabien zu exportieren. Da ist schliesslich das Panzermuseum in Münster, das die «Zeitenwende» in linken Köpfen unfreiwillig am treffendsten auf den Punkt bringt: An dessen Fassade klebt der Walter Benjamin Spruch «Wer aber den Frieden will, der rede vom Krieg», während der Verkaufschlager des Museums ein T-Shirt mit der Parole «Woke

und Wehrhaft» ist. Fortschritt bedeutet in diesem Sinne, sich für die künftigen Kriege bereit zu machen und gemeinsam wehrhafter zu werden. Solange dabei das Militär gestärkt wird, darf es – anders als bei den konservativen Militarist_innen von einst – auch divers zu und her gehen.

Gegen die falsche Moralisierung

Bei diesen Beispielen handelt es sich um pointierte Positionen von Institutionen und Politiker_innen, die man als irrierte Kriegslust von Teilen der herrschenden Klasse abstempeln mag. Darin finden sich aber auch Elemente eines falschen Bewusstseins, das heute ebenso in jener linken Politik anzutreffen ist, die sich stärker in sozialen Bewegungen aufhält. Die einen verfallen darin vor Ehrfurcht vor der herrschenden Barbarei und der quälenden Handlungsunfähigkeit in neue Appelle an den Staat. Andere setzen jene Staatsgläubigkeit fort, die bereits seit längerem Teil ihrer Politik ist. Dabei hofft man, dass der bürgerliche Staat vielleicht doch für gute Zwecke eingesetzt werden könnte. Hier und dort sucht man nach dem kleineren Übel, bis man selbst nach jenen Waffen ruft, die man einst ablehnte, oder bis man jenen staatlich gestützten und klassenübergreifenden Nationalismus zur Notwendigkeit verkündet, den man in anderen Zusammenhängen umso schärfer kritisierte.

Die Handlungsgrundlage hiervon bildet nicht mehr die Analyse der objektiven Situation, die Interessen der herrschenden Klasse und ihrer Blöcke, sondern eine Moral, die sich nur allzu leicht mit all dem verbinden lässt, was täglich auf uns einrieselt. Es ist dieselbe Moral, die auch die jeweiligen Kriegsparteien in ihrer Propagandaoffensive verwenden, und die die Gegenseite stets zum Monstrum verkündet, während man selbst das Paradies auf

Erden verspricht. Keiner hat das politische Problem dahinter je so treffend beschrieben wie der in die DDR migrierte Schriftsteller Ronald M. Schernikau, der 1990 am Schriftstellerkongress den Moralismus des Westens kritisierte:

Der Westen hat, und das ist ein so alter Trick, die Moral eingeführt, um über Politik nicht reden zu müssen. Moral, weil sie unter allen möglichen Standpunkten ausgerechnet den herzerreißenden wählt, macht sich selber handlungsunfähig; deshalb ist sie so beliebt. Einen Vorgang moralisieren heisst, ihm seinen Inhalt nehmen.

Natürlich besitzen auch wir politische Vorstellungen, die von einem moralischen Verständnis geprägt sind. Und die Kritik an der moralischen Politik bedeutet nicht, dass man automatisch in das Gegenteil verfallen sollte. Denn selbstverständlich ist die neue russische Offensive nicht nur so barbarisch wie jeder andere Krieg auch, sondern besitzt auch seine ganz eigenen mörderischen Eigenheiten. In dieser Situation ist der Hinweis darauf, dass wir noch immer die Systemgrenzen sprengen wollen und dass Antimilitarismus zu den kommunistischen Grundwerten gehört, tatsächlich nicht besonders aufbauend. Aber der Kampf für eine antimilitaristische Haltung und gegen das falsche Vertrauen in den Staat ist notwendig, wollen wir Kriege auch in Zukunft nicht normalisieren und tatsächlich eine Handlungsfähigkeit entwickeln, die nicht an den offenen Widersprüchen zwischen den verschiedenen Machtblöcken scheitert.

ARBEITSKAMPF

Nachhaltig wütend bleiben

Sozialpädagog_innen haben genug von schlechten Arbeitsbedingungen und davon, dass die Verantwortung dafür von einer Instanz an die nächste abgeschoben wird. Sie organisieren sich für eine nachhaltige Verbesserung und den Feministischen Streik.

(az) Sie haben gute Gründe wütend zu sein: Viele der anwesenden Sozialpädagog_innen regen sich über 16-Stunden-Schichten auf. Über kaum bezahlte oder unbezahlte Nachtbereitschaft. Darüber, dass das Arbeitsgesetz für sie einfach nicht gilt. Der Saal ist zum Bersten gefüllt, die kollektive Energie und Aufbruchstimmung ist deutlich zu spüren. An der Veranstaltung der Kriso (Forum für kritische Soziale Arbeit) und der Gewerkschaft VPOD tauschen sich einige dutzend Betroffene über die Probleme ihres Berufszweigs aus. Und darüber, wer Schuld an der Misere hat. Doch dazu später.

Triage und Überbelegung

Sozialpädagogik gehört innerhalb der sozialen Arbeit zu den stark von der Covid-Pandemie betroffenen Bereichen. Auch schon vor deren Auswirkungen waren die Arbeitsbedingungen vergleichsweise schlecht und die emotionale Beanspruchung hoch. Doch die Verschärfungen durch Covid haben die Belastung unhaltbar gemacht. Während in den Spitälern die Pandemie-Situation durch Covid durch die zusätzlichen Patient_innen und Schutzmassnahmen sehr unmittelbar sichtbar war, haben sich die bestehenden Probleme in den Heimen und Kriseninterventionen erst mit der Zeit entwickelt. Die Entwicklungsbedingungen von Jugendlichen oder die Fähigkeit von Familien, mit schwierigen Situationen umzugehen, gelangten zeitverzögert an den Anschlag. Im letzten Jahr wurden nun vermehrt auch die Schwierigkeiten im stationären psychosozialen Bereich und der Betreuung von geflüchteten Jugendlichen publik.

Wie schon aus der Berichterstattung in der Pflege bekannt, wurde erst mal über fehlende Plätze geredet. Und tatsächlich ist die Situation besonders in der Betreuung von Kindern und Jugendlichen dramatisch. Die Situation ist so angespannt, dass eine informelle Triage stattfindet. Das heisst, dass Kinder und Jugendliche mit überdurchschnittlich komplexen Problemen oft von Heim zu Heim geschoben und übergeben werden, weil die ohnehin überstrapazierten Teams überfordert sind. Die Betreuung von minderjährigen Geflüchteten im «Lilienberg» erlangte zum Beispiel mit einer Überbelegung von 100% Bekanntheit. Voll- und Überbelegung sind also Normalität und dieser Ausnahmezustand dauert schon lange. Auch in



Aktion der Kriso vor einer sozialpädagogischen Institution während dem ersten Lockdown 2020/Altstetten, Februar 2023

diesem Bereich der Sorge-Arbeit gilt: Sozialpädagogische Heime ohne Personal sind nur Möbel.

Gaffa-Tape flickt keine Rohrbrüche

Silvia Steiner, Bildungsdirektorin und verantwortliche Regierungsrätin beteuert in Interviews, dass schon auf «vielfältige Weise» reagiert werde. Die Studienplätze in Sozialer Arbeit bei der ZHAW wurden erhöht, dazu sollen Studierende schon während dem Studium arbeiten gehen und es werden nun ambulante Notfallteams für Frühinterventionen aufgebaut. Für betroffene Jugendliche und Angestellte ein Hohn – zu wenig, zu spät, nicht nachhaltig.

Im ausgelagerten und mit Leistungsverträgen marktförmig umgestalteten öffentlichen Sorge-Sektor wiederholen sich die Muster: Probleme in Institutionen werden von der Leitung möglichst lange intern gehalten, um keine negative Aufmerksamkeit für die Organisation zu generieren. Diejenigen Angestellten, die auf Missstände hinweisen, werden ignoriert, abgespeist oder diszipliniert. Wenn die Leitungen in «Reporting- oder Kontraktgesprächen» mit den Gemeinden oder dem Kanton auf Probleme oder fehlende Ressourcen hinweisen, geschieht auch nichts Angemessenes, solange kein öffentlicher Handlungsdruck besteht. Zudem sind die Leitungen in einem finanziellen Abhängigkeitsverhältnis zu denjenigen Stellen, bei denen sie Missstände thematisieren sollten. Das System mit Leistungsverträgen wird vom Staat genutzt, um die Verantwortung für die sozialen Probleme auszulagern und möglichst lange zu individualisieren, delegitimieren oder dann nach (finanziellem) Wohldünken auszuwählen, wie darauf reagiert wird.

Dazu ein Gedankenspiel: Es gibt einen Wasserrohrbruch im Badezimmer der Leser_in dieser Aufbauzeitung. Deine Kinder haben ständig nasse Füsse und werden

krank. Du versuchst die Hauswartung zu erreichen, landest aber dauernd nur in der telefonischen Warteschleife. An der jährlichen Siedlungszusammenkunft kannst du die verantwortliche Verwalter_in endlich darauf hinweisen, doch hast Angst aus der Wohnung zu fliegen, wenn du deine Wut zeigst. Die Verwalter_in beschliesst, einen Lehrling mit Gaffa-Tape vorbeizuschicken. Jetzt tropft weniger Wasser in deine Wohnung. Einige Nachbar_innen ziehen um und schreiben Leser_innenbriefe an die Zeitung, weil es bei ihnen auch schon tropft. An einer Pressekonzferenz beschuldigt dich die Verwalter_in, nicht auf deine Kinder aufzupassen und deine Unterhaltspflichten in der Wohnung nicht wahrgenommen zu haben.

Im Betrieb und darüber hinaus

Zurück zur Veranstaltung der Sozialpädagog_innen. Alle Anwesenden haben schon Erfahrungen mit Leitungen gemacht, die die Verantwortung abschieben. Sie haben genug davon, sich von Silvia Steiner abspesen zu lassen und die schlechten Rahmenbedingungen auf ihre Kosten einfach hinzunehmen. Sie diskutieren über Änderungen des Arbeitsgesetzes, über allgemeinverbindliche Gesamtarbeitsverträge und über den Feministischen Streik dieses Jahr. Der Weg dahin, da sind sie sich einig, geht über kollektive Organisation in den Betrieben und darüber hinaus. Tatsächlich ist der sozialpädagogische Bereich vielversprechend für betriebliche Aktionen im Rahmen des Feministischen Streiks. Der Leidensdruck ist vergleichsweise hoch und an einigen Orten sind vielversprechende kollektive Prozesse zu beobachten. Viele sind jedoch auch neu in dieser Art von Organisation und finden sich erst noch darin. Dort liegt die Herausforderung des gemeinsamen Vorgehens. Oder wie es eine erfahrene Betroffene ausdrückt: «Wir möchten nachhaltig wütend bleiben».



Aus dem Film Kobanê: Von der Defensive in die Offensive.

PROLETARISCHE KULTUR

Kultur- und Kunstakademie in Rojava

In Rojava ist eine Gruppe von Künstler_innen dabei, eine der grössten Kunstakademien des mittleren Ostens für Frauen und unterdrückte Geschlechteridentitäten aufzubauen. Wir hatten das Glück, einige der Initiator_innen zu treffen, darunter die Schauspielerin Dicle Arjîn, welche Kommandantin Zehra im Film «Kobanê» der Filmkommune Rojava spielt. Wir sprachen mit ihnen über die Rolle und Wichtigkeit der Kunst innerhalb der Revolution.

«Die Farben der Revolution zeigen»

(gpw) Kevana Zêrîn (fruchtbarer Halbmond) heisst die Kunstbewegung der Frauen, welche hauptsächlich mit Musik und Theater arbeitet. Nun soll Mitte des Jahres die Kunstakademie Kevana Zêrîn für Frauen und unterdrückte Geschlechteridentitäten eröffnet werden. Die Sparten visuelle Kunst, Theater, Musik, Literatur und Volkstanz, sollen nebst einer Reihe von Theoriefächern, wie zum Beispiel urbane Entwicklung und ökologische urbane Architektur, angeboten werden. Künstler_innen forschen, lehren und lernen gemeinsam ohne hierarchische Aufteilung. Ein Prozess, den sie als «gemeinschaftliches Kunst machen» beschreiben und fern von individualistischer Karriereleiter steht. Erklärtes Ziel der Akademie ist es, eine revolutionäre, antisexistische Kunst zu entwickeln und zu fördern.

Die Kunst und der Widerstand sind nicht voneinander losgelöst zu denken. Kunst und Kultur sind wichtiger Teil der gesellschaftlichen Aufbauprozesse, sie gehen einen gemeinsamen Weg: «Heute bist du in den Bergen und kämpfst gegen den faschistischen Staat Türkei, morgen spielst du in einem Theaterstück», formuliert es eine der Gesprächspartner_innen. Ein Grossteil der Initiator_innen hat eine Vergangenheit in den Bergen und/oder hat an den Frontlinien in Rojava gekämpft. Die verschiedenen Teile der Persönlichkeit eines Individuums werden nicht aufgespalten wie in Europa, wo die verschiedenen Lebensbereiche oftmals abgespalten nebeneinander gelebt werden. Die Theorie und Praxis der Akademie ist nicht losgelöst von politischer Ideologie, den Werten und Zielen der Revolution. Kunstproduktion steht nicht ausserhalb der Gesellschaft (wie es in Europa oft verkauft wird) sondern ist aktiver Teil der Visionierung neuer politischer Strukturen.

«Die Kraft der Kunst ist sanft wie Wasser, wenn sie kontinuierlich ist, ist sie kraftvoll.»

Wie es der Name der Akademie schon verrät, geht es nicht nur darum, Kunst zu produzieren, sondern auch eine eigene kulturhistorische Geschichte zu schreiben. Es geht darum, die Geschichte, die Traditionen, schlussendlich die Kultur der Region und der verschiedenen Völker die sie bewohnen, zu erforschen und weiter zu tragen. Allerdings möchten wir differenzierend ergänzen, dass auch innerhalb von unterdrückten Völkern nicht eine einzige Kultur existiert, sondern diese sich aufteilt in jene der herrschenden Klassen versus jene der ausgebeuteten Klassen wie der armen Bauern und des Proletariats.

Die Unterdrückung der Völker über Jahrhunderte, zB. durch Sprachverbot und Assimilierungspolitik, zielt darauf ab, die Menschen zu entwurzeln, sie von ihrer Her-

kunft und somit von ihrem Boden zu entfremden, um so Widerstand zu brechen und der Annektierung von Land den Weg zu ebnen. «Uns muss bewusst sein, dass die Herrschenden in der Vergangenheit wie auch heute, nicht nur Kriege mit Waffen führen, sondern immer auch einen Kulturkrieg». Bekannte Beispiele dafür sind die gezielte Vernichtung von Kulturgütern und Bibliotheken im Vietnam- und Irak-Krieg. Es wird auch daran deutlich, wie versklavte Personen in Lateinamerika aufs Schärfste bestraft wurden, wenn sie z.B. ihre Religion ausübten.

Wenn wir also vom Spezialkrieg sprechen, den die Türkei und seine Verbündeten gegen Rojava führen, verstehen wir unter anderem genau diese Angriffe auf die Kultur, die auf den verschiedensten Ebenen stattfinden.

«Die Geschichte ist mit uns verbunden, lebt in und durch uns»

Seit Jahrhunderten werden in der Region durch verschiedenste Invasoren Kulturgüter zerstört. Dementsprechend sind die «Beweise», die Artefakte um Geschichte zu schreiben, rar. Genau darin sehen die Freund_innen aber auch eine Chance: «Wir haben nicht viele sogenannte wissenschaftliche Fakten, aber in unserem täglichen Leben können wir all diese Geschichte(n) finden». Zum Beispiel berichtet eine Freundin von ihrer Recherche zum Kopfschmuck, der in einigen Dörfern getragen wurde. Es ist davon auszugehen, dass die Art wie er getragen wird, sich kaum geändert hat seit der Zeit des Neolithikums (10'000 bis 2'200 v. Chr.). Sie schliessen daraus, dass «wir aus kleinen alltäglichen Traditionen viel über unsere Geschichte, unsere Herkunft erfahren können». Dies führt sie zur Methode «in uns selber nach den Verbindungen zur Geschichte zu forschen: Wenn wir in der von den Mächtigen geschriebenen Geschichte keine Beweise finden können, weil die Invasoren diese systematisch zerstört haben, dann können wir vielleicht eine Verbindung zur Geschichte herstellen über die Frauen». Die Sozialisation der Frauen brachte das Erhalten und Übermitteln der Traditionen mit sich. Die Erinnerung an ein matriachales Gesellschaftssystem, in der die Arbeitsteilung keine hierarchische Wertung erfuh, wird durch die Frau repräsentiert. Unter anderem deswegen kommt den Frauen diese Wichtigkeit in der Rojava-Revolution zu und führt nun zur Gründung einer eigenen Kunstakademie mit entsprechender Forschung. Eine Forschung, welche der eurozentristischen Anschauung von Wissenschaft kritisch gegenüber steht und die die feministische, antikoloniale Methode der Mikrogeschichte ins Zentrum stellt oder wie die Freund_innen es ausdrücken: «Du kannst Wahrheit in dir selber finden, wenn du dich als historisches Wesen verstehst».

Freundinnen die mit jungen Frauen im Kulturzentrum Kevana Zêrîn arbeiten, erzählen, wie diese an Selbstbewusstsein gewinnen, sich über ein Verständnis der eigenen Kultur verwurzelter fühlen und diese neu erworbene Identität und Kraft in die Familie tragen. Das Potenzial der Kunst lässt sich auch darin sehen, dass viele Kämpfende berichten, wie sie am Anfang der Revolution Musik über die Guerilla gehört haben, und darauf hin in die Berge zur militärischen Ausbildung zogen.

Ein weiteres Beispiel ist der neu erschienene Film Kobanê (siehe Kasten), in dem auch Laien aus Kobanê mit-

gespielt haben. Der Film erzählt von einem wichtigen historischen Moment im Kampf um Rojava. Er hält die Erinnerung an den Kampf gegen den sogenannten islamischen Staat fest, die Erinnerung an alle Gefallenen, an die Schmerzen und Verletzungen, die alle in sich tragen, aber auch die Erinnerung an einen grossartigen Sieg. Er zeigt der ganzen Welt, welche Bedeutung dieser Sieg über den islamischen Staat hatte und wer diesen Sieg errungen hat. Die Kunst in Rojava hält die Geschichte des Widerstandes fest und eröffnet Perspektiven einer anderen, gerechteren Welt.

Von Rojava lernen

So kann die Kunst und die Akademie in Rojava keineswegs mit Kunst und der Lehre der Kunst in Europa verglichen werden. Während der Covid-19 Pandemie schriegen viele bürgerliche Kulturarbeitende der Schweiz nach der Systemrelevanz der Kunst. Die Frage ist nur: relevant für welches System? In der Schweiz sind Kunst oder das Künstlertum als Beruf fast gänzlich in der kapitalistischen Logik gefangen. Wohingegen wir in Rojava sehen, was Kunst vermag, welche revolutionäre Kraft Kunst entfalten, welche Relevanz sie in einem revolutionären Kontext entfalten kann. Kunst kann ein Werkzeug sein, um Machtverhältnisse zu denunzieren, aber auch um neue Gesellschaften zu imaginieren und solidarische Verbindungen aufzuzeigen und erfahrbar zu machen. Dabei werden wir hoffentlich an die Freund_innen Bertold Brecht, Käthe Kollwitz und Co., an das rote Wien, an die Nähe, die die revolutionären Linken und die Kunst in Europa traditionell verband, erinnert, um auch hier mit der Kunst an unsere Geschichte der Arbeiter_innenbewegung anzuknüpfen und ihr Potenzial für den revolutionären Kampf auszuschöpfen.

Film Kobanê

Der Film «Kobanê» von der Filmkommune Rojava kam Ende letzten Jahres heraus und ist zum Beispiel auf Youtube mit verschiedensten Untertiteln zu sehen. Wie es der Titel schon sagt, spielt der Film in der Stadt Kobanê in Rojava, basierend auf den Ereignissen und den Charakteren im Kampf um die Verteidigung der Stadt im Jahr 2014.

Der sogenannte islamische Staat, auf der Höhe seiner Stärke, rückt auf die Stadt Kobanê zu. Die Kämpfenden der Volksverteidigungseinheiten (YPG) und Frauenverteidigungseinheiten (YPJ), darunter die Kommandantin Zehra, verteidigen die Stadt unter schweren Verlusten bis zum Sieg. Der Film Kobanê ist ein Kriegsfilm, der unter der ständigen Bedrohung des Krieges gedreht wurde. Mitten in den Vorbereitungen zum Film begann 2019 der Angriff aus Serêkanyê. Menschen aus der Film-Crew zogen in den Krieg und fielen teilweise im Kampf. Sie werden Şehid (Märtyrer_innen) genannt. Der Film ist allen gefallenen Şehids, vor allem aber den Gefallenen der Schlacht um Kobanê gewidmet.

8. MÄRZ

Rückblick auf einen meiner Lieblingstage

Wie jedes Jahr freute ich mich über Wochen auf den 8. März. Auch dieses Jahr blicke ich mit vollgetankter Tatkraft auf diese Tage in Winterthur, Basel und den 11. März in Zürich zurück.

(agf) Begonnen hat alles mit einer lautstarken, kämpferischen Demo am 8. März in Winterthur. Trotz Regen und Kälte nahmen sich 500 Frauen, Lesben, inter, trans, non-binäre, agender und genderqueere Personen (FLINTAQ) die Strassen von Winterthur. Die Winterthurer Stapo war so verängstigt vom letzten Jahr, dass Zürcher Polizei nach Winti reisen musste. Obwohl sie die ganze Stadt abgeriegelt hatten, sind wir kämpferisch und konfrontativ durch die Altstadt gezogen. Verschiedene spezifische Orte wurden angegriffen, unter anderem Läderach Schokolade (Mitorganisator:innen des fundamentalistischen, homophoben «Marsch fürs Läbe») und der Hauptwohnsitz von Bettina Stefanini. Die Erbin der milliardenschweren Stiftung für Kunst, Kultur und Geschichte vertreibt unzählige Menschen von ihrem Zuhause und ist die treibende Kraft der Gentrifizierung in Winterthur, was eine Verdreifachung der Mieten zur Folge hatte. Die enorme Bullenpräsenz zeigt unsere Stärke und dass wir für den bürgerlichen Staat mittlerweile eine Bedrohung darstellen. Trotz des massiven Bulleneinsatzes zogen wir durch die Strassen und zeigten allen, dass dies unser Tag ist, den wir uns nicht nehmen lassen.

Und in Basel

Auch in Basel nahmen wir uns gleichentags lautstark unsere Strassen. Der eigentliche Besammlungsort wurde von den Bullen vorsorglich abgesperrt, worauf ein neuer Besammlungsort kommuniziert wurde und 300 Frauen und queere Personen sich auf dem Petersplatz einfanden. Nach einer bestärkenden Rede setzten wir uns in Bewegung, doch nach nur 200 Metern wurde der Demonstrationzug von der Polizei eingekesselt. Trotz Kessel, Gewaltandrohungen und gezückten Waffen lief der Demozug geschlossen Richtung Bullenkette. Die Antwort: Pfefferspray und Gummischrot. Kurz darauf stürmten schreiende Robocops mit gezogenen Schlagstöcken auf die Menschen zu und rissen uns unter massiver Gewalteinwirkung und Pfefferspray das schützende Fronttransparent weg. Die Demonstrierenden blieben trotz repressiver Strategie der Polizei in- und ausserhalb des Kessels solidarisch und bestärkten sich gegenseitig. Auch ausserhalb des Kessels wurden lautstark Parolen gerufen, die kämpferische Stim-



Demos in Zürich und in Basel

mung hielt bis zum Schluss an. Im Kessel wurden spontane Reden gehalten, die der kollektiven Wut und dem Widerstand Ausdruck verliehen. Auch hier wurden Parolen gerufen und gesungen. Nach circa zwei Stunden begannen uns die Bullen zu kontrollieren. Ihrer Funktion als ausführende Staatsgewalt, um die patriarchale kapitalistische Gesellschaftsordnung zu schützen, wurden sie durchaus gerecht.

Und in Zürich

Samstag, 11. März: Rund 2000 FLINTAQ nahmen sich die Strassen Zürichs um gegen Kapital und patriarchale Strukturen zu demonstrieren. Der Besammlungsort Münsterhof war proppenvoll. Internationalistische Fahnen, speziell der kurdischen Frauenrevolution, wehten über der Demo. Die Stimmung war kämpferisch und stark. Nach Reden und Performances machten wir uns auf den Weg. Es gab verschiedene Blöcke – ein queerfeministischer Block, jener des feministischen Streikkollektivs, ein Block für die Iranische Revolution und die kurdische Bewegung. Ein Zeichen der Einheit in der Vielfalt.

Die Zeiten, in denen uns die Bullen im T-Shirt und einem müden Lächeln begleitet haben, sind offensichtlich definitiv vorbei. Mittlerweile ist dem bürgerlichen Staat bewusst geworden, dass die feministische Bewegung stark und nicht zu unterschätzen ist. Deshalb war auch dieses Jahr die Bullenpräsenz massiv. Die Wasserwerfer und Gitterwagen versuchten immer wieder, uns auf eine Route zu drängen, auf welcher am wenigsten Schaden angerichtet werden kann. Dies tat unserer Stimmung keinen Abbruch. Mit einem grossen, entschlossenen Frontblock nahmen

wir uns unseren Weg und hielten sie auf Trab. Mit unzähligen Reden, kämpferischen Parolen, Verschönerungsaktionen, mitreissenden Liedern und einem gezielten Angriff aufs Bezirksgericht haben wir unserer Widerstandskraft Ausdruck verliehen. Zum Schluss auf dem Ni Una Menos Platz gab es noch ein kleines schönes Konzert der proletarischen Singgruppe Zürich.

Gestärkt gehe ich aus diesem Tag wieder zurück in meinen Alltag. Und Nein, die Repression hält mich nicht davon ab, jeden Tag für eine bessere Welt zu kämpfen! Gemäss dem Motto: Wir sind viele, wir sind laut und wir kommen wieder!

Und am 14. Juni 2023

Bereits sitzen wir auch schon in den Startlöchern für den 14. Juni. Und auch unsere Kompliz_innen, die vielen verschiedenen Grüppchen, Streikkollektive, Gewerkschafter_innen und Aktivist_innen finden sich zusammen, um dieses Jahr wieder einen gewaltigen Frauenstreiktag in die Geschichte zu schreiben.

Bereits letztes Jahr wurden wir von einer grossen Protestwelle überrascht, die in Bern und Zürich auf die Strassen flutete. 10-Tausende von vor allem jungen Frauen und Queers strömten zusammen und zeigten ein beeindruckendes Selbstbewusstsein – obwohl ja eigentlich erst für dieses Jahr eine grosse Sache angeplant war. Dieses Selbstverständnis haben wir uns in langen Jahrzehnten erkämpft und von einer Generation zur nächsten weitergegeben. Es ist unumkehrbar in unserer Geschichte, in unseren Körpern festgeschrieben. An diesem roten Faden flechten wir weiter, solange wie es nötig ist.

14. JUNI

Vier Jahre Feministischer Streik

Am 14. Juni vor 4 Jahren hat sich die proletarische Frauenbewegung zusammen mit queeren Aktivist_innen die grösste Mobilisierung der schweizerischen Geschichte geschaffen. In diesem Jahr soll daran angeknüpft werden. Doch im sich wandelnden Begriff des Frauen*streiks / Feministischen Streiks zeigt sich auch ein Wandel der Bewegung.

(az) Der 14. Juni 2019 hat sich tief im (Selbst)-Bewusstsein vieler Aktivist_innen niedergeschlagen. Es ist uns damals gelungen, unsere radikale Kritik an patriarchalen und heteronormen Strukturen auch als Klassenkampf zu formulieren. Und wir konnten diese Kritik unter anderem zusammen mit den Gewerkschaften in eine Widerstandspraxis wandeln, die den politischen Kampf wieder mit dem täglichen proletarischen (Er-)Leben verknüpft.

Umkämpfe Begriffe

In den darauf folgenden Jahren hatte der Feministische Streik aber einen anderen Charakter. Er ist zwar ein zentraler praktischer Bezugspunkt geblieben. Die Bewegungen, die sich auf ihn beziehen und mit ihm gewachsen sind, sind stark, divers und kämpferisch und bilden einen wichtigen politisierenden und widerständigen Raum für unzählige Frauen und queere, nonbinäre, inter und trans Personen. Und auch die Benennung des Kampftages selbst hat sich mit diesen Bewegungen entwickelt und ausdifferenziert, weil um Konzepte, Kategorien und Begriffe gestritten wird. Mit dem Sternchen im «Frauen*streik» sollte sichtbar gemacht werden, dass sich die Bewegung nicht essentialistisch auf das Subjekt Frau bezieht, sondern von einer sozialen Konstruktion ausgeht. Gleichsam kommt damit nicht zum Ausdruck, dass auch trans und non-binäre Personen Teil der Bewegung sind - und eigentlich sind ja alle sozialen Verhältnisse eben eine soziale

Konstruktion. Um alle Subjekte explizit sichtbar zu machen, die durch einen normierenden Begriff ausgeschlossen würden, werden sie – seit längerem – mit Akronymen, wie z.B. FINTAQ adressiert. Diese Auflistung wiederum ist nicht ohne sehr spezifisches exkludierendes Vorwissen vermittelbar und offenbart in der Praxis das Problem, dass eben trotzdem weitere Subjekte und Differenzierungen (z.B. Klassenhintergrund, Diskriminierung durch Rassismus oder Ableismus) unsichtbar bleiben. Vor allem aber wird er dem Anspruch nicht gerecht, das Verbindende der Bewegung zu stärken. Der Begriff «Care-Streik», der bei der Kampagne zum 14. Juni 2021 in Zürich benutzt wurde, konnte die umstrittene Frage nach dem Subjekt umgehen und die gesellschaftliche Reproduktionsfunktion feminisierter Arbeit in den Fokus nehmen. Und doch reduzierte er damit die Totalität von patriarchalen und heteronormen Unterdrückungserfahrungen auf die Arbeit. Aktuell wird schliesslich der Begriff «Feministischer Streik» genutzt, mit dem sich die Bewegungen stärker identifizieren können, wohl auch weil dieser weniger stark ein Subjekt adressiert als eine gemeinsame antipatriarchale Haltung.

Neue Chancen

Aber diese Entwicklungen in der queer-feministischen Bewegung und die Entwicklungen des Feministischen Streiks selbst vollzogen sich nicht mehr in den Dimensionen des Erfolgs von 2019. Ein Überschwappen des 14. Juni auf breitere und vor allem proletarische Teile der Bevölkerung, konnte nicht wieder erreicht werden. Neben vielen Faktoren – wohl auch die Pandemie –, hatte vor allem auch der ernsthafte Einbezug der Gewerkschaften gefehlt. Und das ändert sich für den 14. Juni in diesem Jahr. Auf nationaler Ebene haben sich die Streik-Kollektive verschiedener Regionen wieder stärker vernetzt und insbesondere der VPOD mobilisiert auch mit materiellen

VERANSTALTUNGEN zum Feministischen STREIK

Arbeitskampf im Care-Bereich? Weshalb ist das wichtig, was sind die Herausforderungen und wie geht das in der Praxis? 2023

Basisgruppen im Care-Bereich

Die drei Basisgruppen KRISO, TROTZPHASE und GASTRA KOLLEKTIV waren schon im 2019 dabei. Was hat sich bei ihnen getan und was machen sie am 14. Juni 2023?

10. Mai - Streikhaus ZH

Weshalb ein feministischer Streik?

Streiks in feminisierten Berufen sind notwendig und möglich. INGRID ARTUS spricht über die Besonderheiten und Herausforderungen der vergangenen Arbeitskämpfe im Care-Bereich in Deutschland und Frankreich.

12. Juni - Volkshaus ZH

Kapazitäten auf den 14. Juni 2023. Und auch im Zürcher feministischen Streikkollektiv liegt der diesjährige Fokus wieder stärker auf Verbindungen zwischen feministischen und gewerkschaftlichen Initiativen. Diese Stossrichtung wollen wir in Zürich mit zwei Veranstaltungen im Vorfeld der Feministischen Streiks unterstützen. Am 10. Mai diskutieren wir mit den Basisgruppen Kriso, Trotzphase und Gastra Kollektiv über ihre Aktivitäten und am 12. Juni laden wir Ingrid Artus ein, die über Theorie und Praxis des Arbeitskamps in Sorge-Berufen sprechen wird.

IRAN

Mutwillige Erinnerungslücken

Der Aufstand der Strassenkämpfer_innen im Iran gipfelte leider nicht im Sturz der reaktionären Kleriker. Noch nicht. So sind die Kämpfe im Iran in den bürgerlichen Medien wieder in hintere Ränge abgerutscht. Die Konjunktur der imperialistischen Kriege, Krisen und Konflikte dreht sich hektisch weiter. Wir aber nehmen uns Zeit, einige Erinnerungslücken zu schliessen. Über die aktuelle Situation haben wir uns mit dem iranischen Genossen Reza «Shahab» unterhalten.

(agkkzh) Zürich, 19. November, 2022, 13 Uhr: Demo gegen die massive Unterdrückung der Strassenkämpfe in verschiedenen Städten im Iran. Am Besammlungsplatz dominieren die Flaggen der iranischen Monarchisten, die eifrig von Funktionären unter den Leuten verteilt werden. Sind wir im falschen Film? Ausgerechnet das Symbol des verbrecherischen Shah-Regimes? Vorwärts in die reaktionäre Vergangenheit?

Wenn wir uns mit den revolutionären Organisationen und den Entwicklungen im Iran beschäftigen, müssen zwei grundlegende Veränderungen nachgezeichnet werden, wie der Genosse Reza betont: «Nach der Revolution von 1979 im Iran und schliesslich dem Sieg und der Konsolidierung der Konterrevolution zwischen 1979 und 1982, traten die revolutionären Kräfte in eine weitere Phase ein, die ihr Schicksal bis zu den revolutionären Kämpfen des Volkes in den letzten Monaten bestimmte (diese Kräfte waren Linke, Kommunist_innen und damals auch Mudschaheddins). Für die Linken und die Kommunist_innen gab es zwei Szenarios mit demselben Ergebnis. Zunächst gingen sie nach Kurdistan und liessen sich dort in den von der Komalah und der Demokratischen Partei kontrollierten Städten nieder: Auch die Provinz Kurdistan und die nördlichen Städte Kermanshahs sowie die südlichen Städte West-Azərbayjans standen unter der Kontrolle der Komalah und der Demokratischen Partei. Die linken und kommunistischen Kräfte konnten die Reste ihrer Kräfte dorthin verlegen, um der Unterdrückung des Regimes zu entgehen. Die Demokratische Partei hatte eine glänzende pro-sowjetische Geschichte. Mit der Gründung der Republik Mahabad oder der Republik Kurdistan im Jahr 1946, und den Veränderungen und Entwicklungen der Sowjetunion, wurde sie zu einer kurdisch-nationalistischen Partei und vertrat hauptsächlich die kurdisch-nationalistische Bourgeoisie in Iranisch-Kurdistan. Die Komalah, mit einer starken Arbeiter- und intellektuellen Basis in den zentralen und südlichen kurdischen Städten, war der linkskommunistische Flügel der Bewegung in Kurdistan und wurde 1984 zur Kommunistischen Partei Irans. Beeinflusst vom Maoismus und von Castro war die Komalah die erste revolutionäre Kraft, die die Landreformbewegung gegen die Feudalherren startete und den Reichtum der kurdischen Bourgeoisie aufteilte. Die Parteien und Organisationen, die mit dem islamischen Regime zusammengearbeitet hatten, d.h. die Tudeh-Partei Irans (ehemalige Revisionisten, heute Sozialdemokraten) und der rechte Flügel der Volks-Fedayin (Mehrheit), (Reformistische Abspaltung, distanzieren sich von ihrer kämpferischen Vergangenheit) waren in den von der Demokratischen Partei kontrollierten Städten angesiedelt. Die revolutionären Fedayin, Maoisten, die Arbeiterschaft und trotzkistische Gruppen, waren in den Städten unter der Kontrolle der Komalah aktiv.

Während der Angriffe der Armee und der Revolutionsgarden auf Kurdistan und verschiedener Kriege die in Kurdistan stattfanden, wurden kurdische Städte vom iranischen Regime besetzt und alle oppositionellen Kräfte gingen nach Irakisch-Kurdistan. Komalah und die Demokratische Partei behielten ihre soziale und populäre Basis bei und unterhielten ihre geheimen Zentren in den Städten bis in die folgenden Jahre. Die linken Kräfte blieben noch eine Zeit lang in Irakisch-Kurdistan, aber fast zeitgleich mit dem Fall der Berliner Mauer zogen sie nach Europa und Nordamerika und begannen im Exil zu arbeiten. Eigentlich war das zweite Szenario das Exil. Die Arbeit im Exil hatte zur Folge, dass ihre Verbindung zur Gesellschaft abbrach oder sehr, sehr schwach wurde. Einige von ihnen spalteten oder trennten sich und machten eine ideologische Metamorphose durch, und einige von ihnen verschwanden vollständig als Organisation und nur ihre Namen blieben bestehen.»

Erinnerungslücke 1 – Imperialisten und Islamisten

Die Einsetzung des Regimes der Islamischen Republik im Iran stand anfänglich alles andere als im Widerspruch zu den imperialistischen Interessen. An der Konferenz von Guadeloupe im Jahr 1979, einigten sich amerikanische, britische, französische und deutsche Imperialisten darauf, den revolutionären Einfluss auf den Volksaufstand um jeden Preis zu brechen. Ein islamisches Regime sollte die imperialistischen Interessen wahren.



Teile der Linken im Iran, insbesondere von der Tudeh Partei – aber auch im «Westen» – beurteilten die Ereignisse 1979 ganz anders, nämlich als antiimperialistische islamistische Politik, die sich dem «westlichen» Imperialismus entgegenstellte. Das angeblich «letzte Bollwerk» gegen den Imperialismus, ist nichts anderes als ein reaktionäres System mit eigenen imperialen Interessen. Und die standen bald mit den US-Interessen im Widerspruch – die Folgen sind bekannt.

Unser Gesprächspartner meint dazu. «Der Iran hat sich zwischen 1990 und heute rasch in die globale kapitalistische Wirtschaft integriert und aufgrund der globalen Arbeitsteilung, bzw. des iranischen Öls, ist das herrschende Regime zu einer mächtigen wirtschaftlich-militärischen Mafia in der Region geworden. Dieses Problem, das der Bevölkerung enorme wirtschaftliche Schäden zufügte, führte in den letzten Jahrzehnten, insbesondere im letzten Jahrzehnt, zu einer neuen Welle von Protesten, die sich gegen das Regime richteten. Die Bevölkerung Irans hat sich im letzten Jahrzehnt im Vergleich zu 1979 fast verdreifacht und in den grossen Städten Irans leben viele Menschen, die an den Rand gedrängt werden.»

Erinnerungslücke 2 – Die Bedeutung der bewaffneten Volksbewegung 1979

Nach längeren politischen und militärischen Vorbereitungen begann am 8.2.1971 in Siakhal der Guerillakampf der Volksfedayin. Als am 11. Februar 1979 im Iran die Klassenkämpfe im bewaffneten Aufstand mündeten, spielten die bewaffneten Kämpferinnen und Kämpfer der Volksfedayin eine entscheidende Rolle. Es war die revolutionäre Massenbewegung und die kommunistische Linke, die den friedlichen Übergang der Macht von einem reaktionären Regime in ein anderes reaktionäres Regime verhinderten. Es folgte ein zwei Jahre dauernder heftiger Kampf zwischen Revolution und Konterrevolution.

Und heute?

Zum besseren Verständnis der aktuellen Situation lohnt es sich die politische Lage 1979 anzuschauen. Was ist der Unterschied zwischen dem aktuellen Aufstand und den revolutionären Kämpfen in den 1970er Jahren?

«Schau, die Revolution von 1979 war eine Revolution. Es gab eine revolutionäre Situation. Das herrschende Regime konnte die Situation nicht kontrollieren. Und es gab revolutionäre Kräfte. In dieser Situation haben die revolutionären Kräfte falsch gehandelt, und ein Teil der antimonarchistischen Kräfte, die eigentlich Islamisten waren, konnte die Macht erlangen und eine Konterrevolution durchführen. Natürlich war die objektive Situation nicht ideal für den Sieg einer demokratischen Revolution, denn die Welt war in die Phase der konterrevolutionären Herrschaft eingetreten. Die Sowjetunion und China waren keine revolutionären Länder mehr! Damals gab es jedoch eine revolutionäre Situation. Heute ist die Situation ganz anders als damals.

Wir sehen, dass der feste Kern der Macht im iranischen Regime sehr stark geblieben ist. Das Regime ist nicht wirklich erschüttert worden. Es hat alle Mittel der Repression eingesetzt, um die Bewegung zurückzudrängen oder vorübergehend zum Stillstand zu bringen. Es stimmt, dass das Regime die Situation immer noch kontrollieren kann. Es hat sich in einigen Fällen zurückgezogen, aber es ist in der Gesellschaft mit all seinen Repressionskräften präsent. Das Regime ist stark isoliert und hat einen grossen Teil der Mittelschichten verloren, und in dieser Hinsicht ähnelt es den Jahren vor der Revolution von 1979, aber es hat nicht aufgehört zu unterdrücken, was ein Unterschied zu jener Zeit ist. Die Situation in der Welt unterscheidet sich drastisch von der damaligen Zeit, und dieses Problem hat dem iranischen Regime Raum gelassen, die Gesellschaft zu unterdrücken, und das ist ein qualitativer Unterschied zur Zeit von 1979. Schau welche Regierungen oder Par-



Bilder aus dem Archiv: Kundgebung der Volksfedayin mit Redebeitrag von Said Soltanpour und Kundgebung der Volksfedayin 7.März 1980 in Teheran.

teien heute den Kampf des iranischen Volkes verteidigen. Die opportunistischsten und die rechtslastigsten! Sie wollen die iranische Bewegung nur als pro-westlich und als Alternative zur Monarchie darstellen. Das ist absolut kriminell! (...) Die Menschen wollen die Revolution und Hunderttausende von jungen revolutionären Männern und Frauen sind auf den Strassen. Aber die revolutionären Kräfte sind in einer Position der Schwäche und der Distanz zur Situation. Nur in Kurdistan sehen wir die Organisation der Menschen in den Parteien dieser Region, was seine Begrenzungen hat.»

Auf unserer Webseite findet sich der Artikel in voller Länge.

Zu unserem Gesprächspartner Reza «Shahab»: An den studentischen Kämpfen nach der Revolution 1979 als Kommunist in Teheran beteiligt. Als Redakteur für die beiden wichtigen revolutionären Publikationen dieser Zeit namens «Bazr» (Saatgut) und «Razm Revolutionary» (revolutionärer Kampf) verantwortlich. Seit 2006 politischer Flüchtling in Europa, revolutionäre Aktivitäten im «Komitees zur Verteidigung des Volkskampfes – Belgisch» und des «Frauenkollektivs». Dem Komitee ist es gelungen, eine grosse Gruppe von Iraner_innen zu organisieren und um eine revolutionäre und internationalistische Strömung zu vereinen. Zusammenarbeit mit «Secours Rouge» und der Antifa in Belgien.



LoRa 97.5 MHz

**Sonntag
18 bis 20 Uhr
Immer am ersten
Sonntag des Monats**

**Wiederholungen
jeweils
donnerstags
10 bis 12 Uhr**



David F. Walker & Marcus Kwame Anderson: Die Black Panther Party. Eine Graphic Novel

«Dieses Buch zu schreiben, zerriss mir das Herz», schreibt David F. Walker im Nachwort der Graphic Novel «Die Black Panther Party». Er arbeitete 2020 an dem Buch, als weiße Polizisten in Minneapolis George Floyd ermordeten. Gewalt zieht sich als roter Faden durch die Geschichte.

Die Autoren möchten die Geschichte der Black Panthers erzählen, ohne in Mythenerzählungen oder Heldenverehrung zu verfallen. Gleichzeitig wollen sie die Vielfalt der Partei zeigen. Gewidmet ist das Buch denn auch den «vielen einfachen Mitgliedern der Black Panther Party», die Zeitungen verkauft oder im Namen der Partei gratis Essen an Schulkinder verteilten.

Die Graphic Novel steigt ein mit einem kurzen Abriss über die Vorgeschichte, vom transatlantischen Sklavenhandel über rassistische Proteste von Weissen gegen das Ende der Segregation an den Schulen zu den Anfängen der gewaltfreien Bürgerrechtsbewegung. Mit dieser Einordnung in den historischen und sozialen Kontext wird die Entscheidung der Panthers für Selbstverteidigung «Self Defense», wenn nötig auch bewaffnet, nachvollziehbar.

Die beiden Gründer der Black Panther Party, Bobby Seale und Huey P. Newton, werden bei ihrem Diskussionsprozess gezeigt, der im Zehn-Punkte-Programm der Partei mündete. Auch die politischen und theoretischen Einflüsse, auf die sie sich dabei bezogen, werden kurz erwähnt.

Im weiteren Verlauf der Graphic Novel werden mal bekannte, mal unbekannte Mitglieder der Partei vorgestellt und Ereignisse nachgezeichnet. Dabei zeigen die Autoren sowohl berühmte Ereignisse als auch die alltägliche Arbeit beim gratis Frühstück für Schulkinder oder an der Parteizeitung. Die Autoren bleiben dabei erzählend, sie bieten geschichtliche, aber wenig politische Einordnung. Entsprechend bleibt auch die politische Perspektive der Panthers etwas schwammig. Der Fokus der Erzählung liegt auf der Partei selbst, die Verbindungen mit anderen Kämpfen in den USA und international werden eher am Rand erwähnt. Den Niedergang der Panthers beschreibt die Graphic Novel als komplexes Zusammenkommen von Faktoren, wobei die massive Repression eine grosse Rolle spielte.

Es gelingt den Autoren, die Geschichte der Black Panther Party, die kein Happy End fand, auf packende Art und Weise zu erzählen.

«Die Black Panther Party» erschien 2022 in deutscher Übersetzung im Unrast Verlag.



Hast du Nein gesagt? Vom Umgang mit sexualisierter Gewalt

Ganz frisch erschienen und aus Zürcher Federn, für ein Sachbuch augenscheinlich schlank, schafft es das Buch auf rund 160 Seiten uns einen scharfen aber harten Überblick über die aktuellen Zustände zu geben, mit denen von sexualisierter Gewalt Betroffene unter der aktuellen Rechtslage konfrontiert sind - falls sie sich (institutionelle) Hilfe holen wollen. Anhand dreier Erzählungen von Betroffenen und qualitativer Interviews zeigen die zwei Autorinnen auf, dass sexualisierte Gewalt in unserer Gesellschaft nicht allein wegen der direkten Gewalterfahrung traumatisierend ist. Eine toxische Mischung aus polizeilicher Befragungsmethodik (und Bullenmentalität), bürgerlich-patriarchalem Recht, gesellschaftlichem Stigma und unterfinanziertem sozialpsychologischem Angebot erklärt, weshalb nur rund 8-11 % der Sexualdelikte in der Schweiz zur Anzeige gebracht werden. Die Dreiteilung des Buches - die Polizei, die Opferberatungsstellen, das Recht - erlaubt es, einen detaillierten Eindruck der Arbeitsweisen und -logiken der unterschiedlichen Stellen zu gewinnen. Dass die Polizei eine gescheiterte Institution ist, die lediglich dem Kapital dient, versteht sich von selbst, es ist dennoch eindrücklich zu lesen, wie disfunktional diese Institution wirkt, wenn es darum geht, Menschen zu schützen. Die Erzählungen Betroffener sind durchzogen von retraumatisierenden Fragen, unterlassenem Schutz und Täter-Opfer-Umkehr während polizeilicher Einvernahmen. Umso wichtiger, dass im Buch mit manch einem falschen, grund-sexistischen gesellschaftlichen Klischee aufgeräumt wird, wie beispielsweise der Mythos um Falschbeschuldigungen, die statistisch gesehen nicht öfter vorkommen als in anderen Strafbelangen.

Klar könnte man patriarchale Strukturen noch eindeutiger benennen und die Funktion sexualisierter Gewalt im Kapitalismus entlarven. Interessant wäre insbesondere auch eine genauere Durchleuchtung des Zusammenhangs von Täterschaft und männlicher Sozialisation. Welche Funktion hat sexuelle Gewaltausübung in der Stabilisierung der herrschenden Geschlechterverhältnisse? Genug Anknüpfungspunkte also für weitere solch wertvolle Beiträge zu dieser relevanten Diskussion.



Sasha Filipenko ROTE KREUZE

Sasha Filipenko: Rote Kreuze

Tatjana Alexejewna ist 90 Jahre alt, alleinstehend und leidet an Alzheimer. Sie und Alexander sind die einzigen Wohnungsmieter auf dem gesamten Stockwerk eines Minsker Hochhauses. Als Alexander frisch einzieht wischt er genervt ein gemaltes rotes Kreuz von seiner eigenen Haustüre weg. Es ist von Tatjana Alexejewna. Sie markiert das Treppenhaus, den Flur und die Wohnungstüren jeden Tag mit roten Kreuzen. Es sind rote Kreuze, die benutzt werden, um sich an den Nachhauseweg zu erinnern. Rote Kreuze haben sie ihr ganzes Leben begleitet und bestimmten ihr Schicksal. Trotzdem werden sie fürs Alltägliche benutzt: «Bisher leidet nur mein Kurzzeitgedächtnis...» begründet das Tatjana. Und erzählt unaufgefordert ihre Lebensgeschichte. Eine Geschichte zu erzählen heisst sich zu erinnern. Tatjanas Geschichte ist mit der Geschichte Russlands verbunden. Wie im Traum begleitet der Leser Tatjanas Leben revue. Alternierend vermischt sich Alexanders jüngste Erinnerungen, diese wirken eher fantastisch und Erzählen von seiner kleinen Tochter. Manche Erinnerungen will man behalten, sie sollen im Gedächtnis bewahrt werden und sich dessen wieder bewusst werden. Man versucht sie auf die eigenen Art so authentisch wie möglich zu behalten. Andere Erinnerungen täte man besser vergessen. Viele schaffen das nicht und wenige wollen das nicht. Tatjana Alexejewna weiss genau warum sie an Alzheimer erkrankt ist: «Weil Gott Angst hat vor mir. Zu viele unbequeme Fragen kommen da auf ihn zu.» Ein zynischer Schluss mit bitterem Nachgeschmack erinnert daran, dass unsere Welt nicht in Gut und Böse geteilt ist, sondern in einer Vision dazwischen liegt.

Sasha Filipenko, geboren 1984 in Minsk, lebt aktuell mit seiner Familie in der Schweiz im Exil. In seinem Heimatland steht er in offener Opposition gegen Alexander Lukaschenko. „Rote Kreuze“ ist sein erster Roman, der auf deutsch erscheint, zuvor arbeitete er in seinem Heimatland als Journalist, Drehbuchautor und Gag-Schreiber für eine Satireshow.

SCHAUSPIELHAUS ZÜRICH

Before the Sky Falls

Das Unbehagen mit der Kultur hat bald ein Ende – zumindest für das bürgerliche Publikum des Schauspielhauses Zürich. Als die Exotik der Diversität weichen musste, fand das alte Stammespublikum immer weniger Platz. Nun hat der geistige Heimatschutz vorerst gewonnen, die Intendanz der Co-Leitung wird ab Sommer 2024 nicht mehr verlängert.

(az) Als im Sommer 2019 die Co-Intendanten Benjamin von Blomberg und Nicolas Stemmann die Leitung des Schauspielhauses übernahmen, war die Welt noch in Ordnung. In den zehn Jahren unter der Leitung Barbara Freys war Ruhe eingekehrt – gutschweizerische Stabilität eben. Matthias Hartmann konnte nach dem Streik des technischen Theaterpersonals glücklicherweise den Karriereschritt ins Wiener Burgtheater vollziehen, der Streit um arrogante Umgangsformen, Löhne und Geld im Allgemeinen waren vergessen, Marthalers etwas in die Jahre gekommenen Provokationen waren passé und mochten als einzelne Produktionen den neu eingezogenen Geist nicht in Frage stellen. Kurz: Mit der Saison 2018/19 ging eine solide, wenn auch etwas uninspirierte und ein wenig langweilige Ära zu Ende.

Dass die neue Intendanz von Benjamin von Blomberg und Nicolas Stemmann Neues vorhatte, zeigte sich nicht nur an den Gendersternen im Programmheft. Das Konzept acht Hausregisseur_innen zu berufen, welche nicht nur für einzelne Produktionen ans Schauspielhaus kommen, sondern ständig angestellt sind und damit eine in der Theaterwelt eher unbekannt soziale Sicherheit, wie auch lokale Einbettung erfahren, zeugt zumindest vom Versuch, relevantes Theater zu ermöglichen. Relevanz, oder zumindest der Versuch davon, ist das eigentliche Stichwort, welches das Schauspielhaus seit der neuen Intendanz prägt.

Angstfrei entwickeln

Mit dem Konzept der Hausregisseur_innen eröffnet sich ein Feld für Experimente, welche nicht nur auf einen schnellen Erfolg ausgerichtet sind, sondern als Basis für weitere Entwicklungen dienen können. Die Verantwortung ein Haus zu füllen, genügend Einnahmen zu generieren und künstlerische Anerkennung zu erhalten, ist zumindest ein Stück weit weniger gewichtig, wenn das nächste Engagement auf dem Theatermarkt nicht unmittelbar davon abhängt. Diese für das Theater eher unbekannt soziale Sicherheit eröffnet nicht nur künstlerischen Raum, sie kann auch dazu beitragen, die Machtverhältnisse zwischen Theaterdirektion und angestellten Künstler_innen zu reduzieren und einen weniger hierarchischen Umgang zu etablieren. Im besten Fall entwickelt sich damit eine Kultur, welche – frei von Willkür und Machtmissbrauch – so mancher Kulturinstitution gut anstünde.

Das Konzept der Hausregisseur_innen birgt ein weiteres Potential. Ist es möglich, relevanteres, wirksames Theater zu produzieren, wenn mensch vor Ort lebt, ein Gefühl für die lokalen Gegebenheiten entwickelt, die Probleme, Hoffnungen, Ängste und Sehnsüchte der potentiellen Zuschauer_innen kennenlernt? Lässt sich damit neues Publikum ansprechen? Klar liessen sich Stücke mit Titel und Themen wie «Bullestress» auch woanders produzieren, sind doch rassistische Polizeigewalt, Freundschaft und der Umgang mit der eigenen Widersprüchlichkeit wie mit der der anderen beinahe universal. Welchen Mehrwert bringt es, das Stück zu inszenieren «mit fünf jungen Menschen vo da, für hier, für uns.», wie das Schauspielhaus schreibt? Wie unterscheidet sich ein in Zürich spielendes Stück von dem in «Andorra»? Wie sieht Theater aus, welches lokal verankert ist, ohne den Drang nach einem heimatlichen Nest mit kitschigem, lokalem Kolorit zu schmücken? Wie lassen sich trotz allem Sehnsüchte und Hoffnungen nach einem Mitsammen, einer Kollektivität, einem besseren Leben für alle, aufnehmen?

Unabhängig von der geographischen Verortung stellt sich die Frage, wie über sich hinaus wirkendes Theater



Bei «Schwestern» fehlte der Zürberg, der Rest ging erst nach Ende der Vorstellung

heute aussehen kann - Produktionen, welche das Publikum anzusprechen vermögen und sich doch seiner Affirmation entziehen, es weder belehrt noch ratlos, weder befriedigt noch befriedet hinterlässt, nicht ohnmächtig, sondern gefordert. Kurz: Wie politische und relevante Kultur aussehen könnte. Hier hat das Schauspielhaus in den letzten Jahren versucht, eigene Antworten zu finden und dabei ausgezeichnetes Theater hervorgebracht. Allein die laufende Saison zeigt die Qualität, mit welcher Theater entwickelt wird. Aus Jelineks «Sonne, Los jetzt!» kommt mensch nicht, ohne die eigene Betroffenheit von Klimawandel und der Dringlichkeit dieser Frage im eigenen Mark zu spüren. In «contre-enquêtes» (nach dem Roman «Der Fall Meursault» von Kamel Daoud) wird Camus' «l'etranger» intelligent zum Diskurs um die Sprache des Kolonialismus, der Unsichtbarkeit der Unterdrückten zugespitzt. Die Frage ist nicht, ob die subalternen sprechen können, sondern was sie tun müssen, um gehört zu werden und ob und welche (sprachliche) Repräsentanz möglich ist. Eine Auseinandersetzung zu Intersektionalität, deren Intelligenz so mancher Diskussion zu diesem Thema guttäte.

Wenn in Sara Kanes «Gier» die Provokation tief gehalten, sich das Verlangen, die Verlorenheit und das Elend im Gesicht der Schauspielerin Wiebke Mollenhauer Körper werden, geht es nicht um Befriedigung eines Skandalbedürfnisses. Die Krux mit dem Schauspielhaus ist, dass es sich ziemlich konsequent der Kontemplation und der beschwingten Unterhaltung verweigert. Denn wer in Zeiten, in welchen Ausbeutung, Rassismus, sexuelle Gewalt, Krieg und Klimaerwärmung allgegenwärtige Themen sind, über sich hinaus wirkendes Theater machen, wer Hoffnung und Perspektiven eröffnen will, muss die Überwindung des Status Quo nicht nur mitdenken; sie ist als integraler Bestandteil einer jeden Performance angelegt. So werden auch bekannte Stücke nicht auf ihren Unterhaltungscharakter hin inszeniert, sondern auf ihr Potential untersucht und dienen oft nur als Basis für ihre weitere Entwicklung. Wenn aus Tschschows «Drei Schwestern» nur noch «Schwestern» werden und einzig der Bruder das Wort ergreift, als der Schwestern Geissel Rilkes Panther gleich stereotype Runden dreht und schliesslich geht, ist der Aufbruch nicht weit. Schwelgen in vergangenen Zeiten? Sich ergötzen an den Schwierigkeiten anderer? Leider nein!

Planvolle Naivität?

Doch wer aufbricht, neue Perspektiven wagt, grundsätzliche Fragen nicht scheut und Partei nimmt, streift den gesellschaftlichen Antagonismus. Die Vielfalt des Schauspielhauses ist gewaltig. Von textlastigem Theater über Performativem, zu Musik und Tanz, Workshops und

Angebote für Kinder. Und doch ist eben nicht für Alle etwas dabei.

Die verzweifelte Bitte der Sozialdemokratischen Stadtpräsidentin doch das eine (progressive Kultur) zu machen, ohne das andere (Unterhaltung für die Zürberg-Klientel) zu lassen, zeugt angesichts der Ernsthaftigkeit, mit welcher sich die Co-Intendanz ihrem Projekt widmet, einer gewissen Naivität. Auch wenn Benjamin von Blomberg von der Alternativlosigkeit zu Diversität, Inklusion und Nachhaltigkeit spricht, bedeutet Parteinahme für Veränderung zeitgleich den Ausschluss derer, welche am Bestehenden festhalten wollen, für die Nachhaltigkeit das Recycling von PET-Flaschen bedeutet, anstatt gesellschaftlichen Wandel von der Bühne aus voranzutreiben. Ob von Blomberg dabei den inhärenten Antagonismus nicht sieht, oder sich absichtlich planvoll naiv gibt, um den Diskurs offen zu halten, bleibt sein Geheimnis. Auch ob sich Stemmann und er von der irrigen Vorstellung eines progressiven Zürichs leiten liessen, welches sich auf ihre Linie einlassen würde, als sie die Intendanz ihn Zürich annehmen, oder ob sie das Experiment und seine Absetzung schon vorausahnen konnten und mittels Pop-Up Konzept ihren Weg bereiten wollten, wäre sie zu fragen.

Sowohl inhaltlich wie auch formal liesse sich Vieles zum und am neuen Schauspielhaus diskutieren. Taugt das Konzept? Kann es überhaupt taugen, in einem staatlichen Theater – und wenn ja, unter welchen Bedingungen? Ist es naiv, dem Theater eine Relevanz verleihen zu wollen, in einer Zeit, in welcher alles gesagt und wenig getan wird, oder gerade notwendig? Das Dilemma bleibt: Wie geht mensch damit um, wenn es nichts Richtiges im Falschen gibt, und das Nichtstun keine Alternative ist? Sich an das Falsche anpassen? Mit dem Richtigen beginnen, an der eigenen Widersprüchlichkeit oder der Macht des Bestehenden scheitern? Den beiden Intendanten gebührt alle Anerkennung, dass sie den Attentismus den Politsekten und die Anpassung der Sozialdemokratie überlassen. Die Stadtregierung ist politisch faul und neoliberal, und dass sie sich gewohnheitsmässig auf die Seite des Bürgertums und des Geldes schlägt, hat sich nicht erst im Umgang mit der Bühle-Sammlung im Kunsthaus gezeigt.

Dem offenen Brief «Schauspielhaus Zürich bleibt!», welcher die Verlängerung der Intendanz fordert, fehlt wohl das Gewicht der Zünfte. Die hiesige Bourgeoisie schlägt Jelinek und Rau in ihrem Einfluss. So verwundert es nicht, dass die inhaltliche Auseinandersetzung und die politische Entscheidung, welche Art Theater die Stadt Zürich braucht, nicht geführt wird. Stattdessen kann man sich «nicht auf eine gemeinsame betriebswirtschaftlich strategische Ausrichtung des Schauspielhauses verständigen». Die bürgerliche Cancel Culture führt keine Auseinandersetzung, sie streicht die Mittel.

IMPRESSUM Herausgeberinnen: Revolutionärer Aufbau Zürich, Postfach 8663, 8036 Zürich/Revolutionärer Aufbau Basel, basel@aufbau.org/Revolutionärer Aufbau Winterthur, winterthur@aufbau.org
Redaktion (red): Revolutionärer Aufbau Basel (rabs), Revolutionärer Aufbau Winterthur (raw), Gruppe politischer Widerstand Zürich (gpw), Gruppe Arbeitskampf Zürich (az), Arbeitsgruppe Antifa Basel (agafbs), Arbeitsgruppe Antifa Zürich (agafz), Arbeitsgruppe Klassenkampf Basel (agkkbs), Arbeitsgruppe Klassenkampf Zürich (agkkz), Arbeitskreis ArbeiterInnenkämpfe (akak), Arbeitskreis Frauenkampf (akfk), Frauen-Arbeitsgruppe (agf), Frauenkollektiv (fk), Rote Hilfe International (rhi), Arbeitsgruppe Jugend Zürich (agj) **Redaktion und Vertrieb Schweiz:** aufbau, Postfach 8663, 8036 Zürich, Internet: www.aufbau.org, E-Mail: info@aufbau.org

ZENTREN DES REVOLUTIONÄREN AUFBAU Basel: Bläsiring 86 (Parterre), Öffnungszeiten auf Anfrage, E-Mail: basel@aufbau.org Winterthur: Grenzstrasse 38, E-Mail: winterthur@aufbau.org Zürich: Meinrad-Lienertstrasse 15, im Aufbau-Vertrieb an der Kanonengasse 35 (Hinterhaus), jeden Samstag von 12 bis 17 Uhr

VERKAUFSTELLEN Schweiz: Kasama, Militärstrasse 87a, 8004 Zürich/Aufbau-Vertrieb, Kanonengasse 35, 8004 Zürich/Atropa Buchhandlung, Kirchplatz 2, 8400 Winterthur/Buchhandlung im Volkshaus, Stauffacherstrasse 60, 8026 Zürich 4/Hirschmatt-Buchhandlung, Hirschmattstrasse 26, 6003 Luzern/Infoladen Romp, Steinenstrasse 17, 6000 Luzern/Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St.Gallen/Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel/Paramoia City Buch & wein, Ankerstrasse 12, 8004 Zürich/Aufbau-Vertrieb, Bläsiring 86, 4007 Basel. **Deutschland:** Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 29357 Hamburg/Infocafé Gasparitsch, Rotenbergstraße 125, 70190 Stuttgart/Infoladen im Linken Zentrum, Böblingerstr. 105D – 70199 Stuttgart-Heslach/Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, 53111 Bonn/Infobüro, c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6, 90402 Nürnberg/Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41–43, 80799 München/Buchladen M99, Manteuffelstr. 99, 10999 Berlin/Buchhandlung O21, Oranienstr. 21, 10999 Berlin.